

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Donnerstag, 4. März 1926.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich (1926)

Nr. 54

## Freiheit, wie in der Tschechoslowakei . . .

Von Wilhelm Riefler.

Am 13. Jänner wurde der Redakteur-Genosse Wenzel Jaksch, vom Budweiser Kreisgericht wegen einer am 20. September v. J. in Krumau gehaltenen Rede zu fünf Tagen Arrest bedingt verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen Uebertretung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Dem Herrn, der in jener Verhandlung als Staatsanwalt fungierte, erschien das Strafausmaß der Größe des Verhältnisses nicht entsprechend und er legte daher beim Oberlandesgericht in Prag sowohl gegen das Strafausmaß, als auch gegen die bedingte Verurteilung Berufung ein. Das Prager Oberlandesgericht hat nun mit Urteil vom 16. Feber der Berufung wegen der bedingten Verurteilung keine Folge gegeben und hat diesen Ausspruch bestätigt, dagegen hat es die vom ersten Gericht mit zwei Jahren bemessene Bewährungsfrist auf drei Jahre verlängert, und hat unter Stattgebung der Berufung gegen das Strafausmaß das angefochtene Urteil dahin abgeändert, daß dem Angeklagten die Arreststrafe auf die Dauer von zehn Tagen, verschärft durch zwei Fasttage, verlängert wird. Dieser Straffall ist schließlich nicht einmal so sehr durch die Höhe der bemessenen Strafe, um so mehr aber durch die im Schutzgesetz enthaltenen Möglichkeiten zur Drosselung der Meinungsfreiheit reichlich. Er ist aber auch bemerkenswert durch den Inhalt und die Art der Anklage, sowie durch die Rechtsauffassungen, von denen sich die Richter beider Instanzen sowohl bei der Begründung der Schuldsprechung, als auch bei der Festsetzung der Strafe leiten ließen. Der Fall ist geeignet, deutlich aufzuzeigen, wo wir unter der Geltung des Schutzgesetzes stehen, darum muß er hier besprochen werden.

Die Anklageschrift hatte behauptet, Jaksch habe in jener Versammlung „öffentlich in roher und verheßender Weise die tschechische Nation derart geschmäht, daß es den allgemeinen Frieden in der Republik bedrohen konnte“. Die Anklageschrift lehnte sich bei dieser Formulierung ihrer Behauptung an den Paragraph 14, Absatz 5, des Schutzgesetzes an, nach dem die Anklage erhoben worden war und in dem es heißt:

„Ebenso wird bestraft, wer öffentlich in roher oder verheßender Weise die Republik, eine Nation oder eine nationale Minderheit derart schmäht, daß es die Würde der Republik herabsetzen oder den allgemeinen Frieden in der Republik oder ihre internationalen Beziehungen bedrohen kann.“

Diese Bestimmung des Paragraph 14 ist wohl sehr verschwommen und auslegungsfähig, denn was heißt es „den allgemeinen Frieden oder die internationalen Beziehungen bedrohen“ und „die Würde der Republik herabsetzen“, was heißt es auch „in roher und verheßender Weise schmähen“, aber immerhin wird darin gesagt, wer geschmäht werden muß, damit der Urheber der Schmähung strafwürdig werde: „die Republik, eine Nation oder eine nationale Minderheit“. Und nun höre man die Anklageschrift und suche darin, wo im Sinne dieser Bestimmung die Republik oder die tschechische Nation geschmäht wurde. Man wird vergeblich danach suchen. Es wird darin ausgeführt:

„Gleich zu Beginn seiner Rede sagte er (Jaksch): Aufgabe der Versammlung sei es, die Tragödie des deutschen Volkes in der Tschechoslowakischen Republik zu schildern, Betrachtungen darüber anzustellen, wie sich die Deutschen gegen das Bedrückungssystem erwehren können, das sich zur Schuldrosselung und geradezu zum Kriege für die Vernichtung der deutschen Schüler gesteigert hat. Der Angeklagte sprach weiter darüber, daß die Regierung für einige wenige tschechische Kinder neue Minoritätsschulen baut, daß auch deutsche Kinder zum Besuche dieser Schulen gezwungen werden, welchen Zwang sowohl Kempter als auch verschiedene Vereine durchführten. Er kam zu sprechen auf die „unerhörte Mißwirtschaft mit den Steuergeldern, über die maßlose Verschwendung für den Milita-

risimus“, äußerte sich in ironischer Frage, „ob es ehrenvoll sei für die tschechische Nation, daß auf einer Seite deutsche Schulen aufgelassen, auf der anderen Seite die bei der Bahn angestellten Väter dieser Schulkinder aus dem Dienst entlassen werden, wobei gutbewährte deutsche Kräfte entlassen und uneingearbeitete tschechische gleichzeitig aufgenommen werden.“ Dies geschah hauptsächlich bei der Postverwaltung, wo man in gemischtsprachigen Gegenden Briefträger aufsuchte, die kein Wort deutsch verstehen und dann die deutschadressierten Sendungen und Briefe in den Abort werfen, wie es in Reichenberg vorgekommen sei. Das sei die neue tschechoslowakische Rohrpost.“

In diesen Gründen der Anklageschrift ist vor allem eines bemerkenswert: sie stützen sich auf eine Relation des Regierungsvertreters in jener Versammlung, in der auch nicht die Spur einer wörtlichen Wiederbege der Rede des Genossen Jaksch enthalten ist. Diese Relation, auf deren Inhalt sich die Anklage stützt, gibt lediglich den Eindruck wieder, den der Regierungsvertreter von den Ausführungen des Redners empfing, keineswegs enthält sie die wörtliche Wiederbege der gesamten oder auch nur teilweise Äußerungen. Wie ungenau sich der tschechische Regierungsvertreter an das hielt, was der Redner tatsächlich sagte, geht aus der Stelle hervor, in der behauptet wird, Jaksch hätte davon gesprochen, das Bedrückungssystem führe „geradezu“ zum Kriege „für die Vernichtung der deutschen Schüler“. Abgesehen von dem schrecklichen Deutsch dieser Relation, das den Zweifel nahelegt, ob der Regierungsvertreter ausreichend die deutsche Sprache beherrscht, um alle Wendungen der Rede zu verstehen, kann Jaksch gar nicht so gesprochen haben, er kann nur über die Vernichtung deutscher Schulen, nicht aber über die Vernichtung deutscher Schüler keine Anklage erhoben haben. Es ist schon erstaunlich, daß dem Bericht die unvollkommene und nicht den Wortlaut bestimmter Äußerungen wiedergebende Relation des Regierungsvertreters genügt, um zu einer Schuldsprechung des Angeklagten zu gelangen. Aber angenommen, der Inhalt des Referates wäre in dem kurzen Bericht des Regierungsvertreters sinngemäß richtig wiedergegeben, wo in aller Welt geht aus der Relation hervor, Jaksch habe, wie es das Gesetz für die Strafwürdigkeit fordert, die Republik oder eine Nation geschmäht? Noch dazu in „roher und verheßender Weise“? Wenn der Redner vom „Bedrückungssystem“ sprach, so steht das erstens täglich in allen deutschen und anderen nichttschechischen Zeitungen, es wird auch niemand vermuten, die tschechische Nation sei es, gegen welche die Beschuldigung erhoben werde, dieses Bedrückungssystem auszuüben, es wird vielmehr jeder wissen, daß unter der Trägerin dieses Systems nur die allnationale Koalition und ihre Exponentin, die Regierung, gemeint ist und gemeint sein kann. Regierung und Koalition sind aber ebensoviele die tschechische Nation oder die Republik, wie „Kempter“, wie die „Postverwaltung“ und wie „verschiedene Vereine“, von denen in der Anklageschrift die Rede ist, von denen Jaksch behauptete, daß sie der nationalitistischen Unrechtspolitik Vorschub leisten. Auch der Vorwurf der „unerhörten Mißwirtschaft mit den Steuergeldern“ und der „maßlosen Verschwendung für den Militarismus“, kan nicht als auf die Republik oder die tschechische Nation gemünzt angesehen werden, denn die Republik als solche hat mit der Steuergeldwirtschaft und mit den Ausgaben für den Militarismus natürlich nichts zu tun, und von der tschechischen Nation weiß man, daß große Teile von ihr die Aufpöpelung des Militarismus und die Steuergeldwirtschaft ebenso mißbilligen, wie der deutsche sozialdemokratische Redner es tat. Nur ein einzigesmal wird in der Relation die tschechische Nation erwähnt, dort, wo die Frage gestellt wird, ob die Schulsperren und die Entlassungen deutscher Arbeitskräfte, um an ihre Stelle tschechische aufzunehmen, für die tschechische Nation ehrenvoll sei. Soll das die „rohe und verheßende“ Schmähung der Republik oder der tschechischen Nation sein? Würden nicht ähnliche Äußerungen, mit denen doch nur der Appell an das Gewissen der Nation ver-

## Vor das Forum des Parlaments: Die Gewalttat von Karlsbad.

Dringliche Interpellation unserer Genossen im Senat.

Prag, 3. März. Die Empörung über das ungeheuerliche Vorgehen der Staatspolizei in Karlsbad, die mit Gummistülpeln gegen wehrlose Arbeiter vorging, hat unsere Genossen im Senat veranlaßt, diese für das demokratische Regime in diesem Staate bezeichnende Gewalttat sofort zur Sprache zu bringen. Gen. Dr. Heller hat im Namen unserer Genossen im Senat eine dringliche Interpellation eingebracht, welche lautet:

Am 2. März 1926 nachmittags vier Uhr fand in Karlsbad eine von der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene, behördlich genehmigte Versammlung unter freiem Himmel statt. Der Andrang der Massen war ein so großer, daß der Versammlungsort — die Sprudelhalle — nicht hinreichte. Zwei weitere Versammlungen vor der Sprudelhalle und am Marktplatz mußten abgehalten werden.

Trotz der ungeheueren Erbitterung, welche sich der deutschen Arbeiterschaft im ganzen Staate angesichts der drohenden neuerlichen Steuerlasten und der in der Sprachenverordnung enthaltenen wirtschaftlichen und sprachlichen Bedrückung bemächtigt hat, verliefen die Versammlungen in vollster Ruhe und Ordnung.

Nach Schluß der Versammlungen zogen die Teilnehmer — mehr als 10.000 an der Zahl — zum Gebäude der politischen Bezirksverwaltung, um dort den Inhalt der gefaßten Resolutionen den Beamten zur Uebermittlung an die Regierung zu überreichen.

Beim Theaterkaffee sperrte ein Zug der Staatspolizei die Straße ab.

Nach längeren Verhandlungen gab der Polizeiinspektor den Weg frei.

Kaum hatte sich der Zug neuerlich in Bewegung gesetzt, als die Polizisten mit Gummistülpeln auf die Teilnehmer einschlugen, Kinder, Frauen, Greise nicht schonten, wehrlose Einzelpersonen in der brutalsten Weise verprügelten. Ein Teil der Leute rettete sich vor den toll gewordenen Polizisten durch einen Sprung in die Tepl, ein anderer drängte über die Brücke auf das linke Ufer der Tepl, um sich vor der Brutalität der Polizisten zu schützen. Dort stellte sich ihnen neuerlich ein Trupp Polizisten entgegen, der sie wieder in die Arme der auf dem anderen Ufer befindlichen Wache zurückschickte. Nun zog aber die Staatspolizei auch noch die Revolver, wodurch selbstverständlich die Menge noch mehr gereizt

wurde. An allen Ecken hieb die Polizei auf die Menge ein, die den Platz verlassen wollte, hieran jedoch durch die Polizei gehindert wurde.

Die Karlsbader Polizei hat in dem Bewußtsein der Schuld, die sie auf sich geladen hat, den Versuch gemacht, die Verantwortung auf die Demonstranten abzuwälzen. In dem Berichte, der vom tschechoslowakischen Presse-Büro ausgegeben wurde, wird die Sache so dargestellt, daß die Menge gegen die Wache gewalttätig vorging und daß die Wache mit Steinen angegriffen wurde, daß sie sich gewissermaßen in einer Zwangslage befunden hätte.

Daß diese Behauptung vollständig unrichtig ist, geht daraus hervor, daß sich an der Stelle, wo sich die ersten Zusammenstöße ereigneten, überhaupt keine Steine befanden. Die Straße besteht aus Holzschotter, während sich an der Flußseite ein festgetretener Sandweg befindet. Nirgends sind Steine zu erblicken. Die Wache griff, wie neuerdings festgestellt werden muß, (was auch in den Meldungen anderer Mütter hervorgehoben wird), die aufmarschierenden Demonstranten mit Gummistülpeln an, obwohl der Kommandant auf eigene Verantwortung den Durchzug freigegeben hatte und obwohl fast gleichzeitig die Bewilligung des Leiters des Polizeikommissariats eintraf. Es kann durch Zeugen nachgewiesen werden, daß einzelne Wachen, um sich ein Alibi zu beschaffen, am jenseitigen Teplufer, auf einer von den Vorgängen ganz abgelegenen Stelle, Steine zu sich nahmen.

Es hat den Anschein, als glaubten die Regierung und ihre Organe, durch derartige Brutalitäten die Bevölkerung einzuschüchtern und davon abzuhalten, gegen die schamlose Politik der Koalitionsmehrheit zu protestieren.

bunden ist, sich gegen die nationalitistischen Auswüchse zu wehren, nicht schon tausendmale und ebenso über die tschechische wie über die deutsche Nation gemacht, deren Namen, wie der jeder anderen Nation, von den eigenen Nationalisten am ärgsten herabgesetzt wird? Selbst in dieser, wie der Staatsanwalt meinte, „ironischen“ Frage — nebenbei: Ironie bedeutet doch nicht: „in roher und verheßender Weise! — kann nicht eine Schmähung des tschechischen Volkes, höchstens seiner augenblicklichen Regierer erblickt werden; die Frage war, wie ihr Sinn ergibt, nur so gedacht, daß durch sie das Gewissen des tschechischen Volkes, vor allem aber der tschechischen Arbeiterschaft wachgerufen werden sollte.

Der Angeklagte führte bei der Verhandlung für die von ihm erhobene Beschuldigung der Schuldrosselungen, der gewalttätigen Tschechisierung und der Postskandale Beweise, von denen der Staatsanwalt in seiner Anklagerede zugeben mußte, sie seien stichhältig und es habe der Angeklagte in jener Versammlung die Wahrheit gesprochen. Dennoch trat er von der Anklage nicht zurück, sondern behauptete, der „Gesamteindruck der Rede sei heberisch gewesen, auch hätte der Angeklagte „heberisch“ gesprochen. Mit solchen allgemeinen Merkmalen, die mit dem Wortlaut des Gesetzes schon gar nichts zu tun haben, kann natürlich jedem Redner der Strich gedreht werden! Da die inkriminierten Äußerungen nicht ausreichten, um nach den Bestimmungen des Gesetzes die Anklage zu erheben, befaß sich die Anklageschrift damit, der Redner habe „mit herartigem Pathos“ und „auf solche Art“ gesprochen, daß „sein Ziel, die Republik zu schmähen, in die Augen sprang“. Dem Staats-

anwalt mag manches „in die Augen springen“, aber auch „Pathos“ und „solche Art“ decken sich noch nicht mit dem Begriff „roh und verheßend“ und am allerwenigsten ist damit der Beweis erbracht, Pathos und „solche Art“ seien an sich schon eine Schmähung der Republik oder der tschechischen Nation.

Trotzdem gelangte das Kreisgericht zu einer Verurteilung des Angeklagten und das Prager Oberlandesgericht hat die Strafe noch erhöht. Beachtenswert ist, daß das Berufungsgericht in seinem Urteil zugibt, die inkriminierten Äußerungen des Angeklagten hätten sich „in erster Reihe nicht so sehr gegen die Republik selbst, als hauptsächlich gegen die Verfügungen einzelner Zweige der Staatsverwaltung, welche auch in der Presse des öfteren erörtert wurden, gerichtet“. Aber daß man „einzelne Zweige der Staatsverwaltung nicht kritisieren dürfe, davon steht in dem Paragraphen, nach dem die Verurteilung erfolgte, kein Wort! Was das Berufungsgericht dennoch zu einer Verschärfung der Strafe und zur Verlängerung der Bewährungsfrist bewog, das muß man im Wortlaut lesen. Es heißt in dem Urteil:

„Damit sich der Angeklagte in Zukunft ähnlicher Äußerungen enthalte, und dadurch fundgebe, daß es sich bei ihm tatsächlich um keinen ungünstigen Charakterzug handelt, welcher der Pflicht eines ordentlichen Bürgers zuwiderläuft, hat das Berufungsgericht die vom Erstgerichte auf zwei Jahre festgesetzte Probzeit um ein Jahr, somit im ganzen auf drei Jahre, verlängert.“

Womit wir unsere Betrachtung abschließen können. Es bleibt nur noch die Frage offen: in welchem Zeitalter leben wir?

Diese Absicht wird die Regierung nicht erreichen, wie ihr die nächste Zukunft beweisen wird.

Vor allem fordern wir aber eine unparteiische Untersuchung der Vorfälle in Karlsbad, insbesondere eine strenge Bestrafung der schuldtragenden Polizeibeamten. Die Unparteilichkeit der Untersuchung wird durch die Administrativbehörden nicht gewährleistet, weshalb wir eine parlamentarische Untersuchung beantragen werden.

Auffallend ist, daß es überall dort, wo die Polizei verstaatlicht ist, zu derartigen oder ähnlichen Vorfällen kommt, wobei wir auf Auffassung verweisen.

- Wir fragen die Regierung:
1. Ist sie bereit, die schuldtragenden Beamten zur Verantwortung zu ziehen?
  2. Ist sie bereit, das Ergebnis der Untersuchung dem Senat in kürzester Zeit bekanntzugeben?
  3. Ist sie bereit, der Staatspolizei in allen Orten Weisungen zu erteilen, der Bevölkerung gegenüber — wie es in einem demokratischen Staat selbstverständlich sein sollte — mit der gebotenen Rücksicht vorzugehen und sich jeder Brutalität zu enthalten?

**Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß!**

Gleichzeitig hat Genosse Sella im Namen unserer Vertreter im Senat folgenden Antrag

**Antrag**

Der Senat wolle beschließen:  
Zur Untersuchung der Vorfälle, welche am 3. März 1926 in Karlsbad stattfanden, wird gemäß § 22 Absatz 2 der Geschäftsordnung ein aus 18 Mitgliedern bestehender Ausschuß gewählt; die Wahl erfolgt nach dem Grundsatze der verhältnismäßigen Vertretung.

**Begründung:**

Die Vorfälle in Karlsbad, das brutale Vorgehen der Staatspolizei gegen die wehrlose, absolut friedliche Bevölkerung erfordert eine unparteiische Untersuchung, welche durch die Administrativbehörden nicht gewährleistet ist. Eine solche Untersuchung kann nur durch unabhängige, insbesondere von der Regierung unabhängige Personen erfolgen. Als solche kommen in erster Linie die Mitglieder der Nationalversammlung in Betracht. Da nun diese Vorfälle von um so größerer Bedeutung sind, als sie nicht vereinzelt sind, sondern sich dort, wo Staatspolizei besteht, häufen, (wir verweisen auf die Vorfälle in Luffitz), da ferner diese Vorfälle die größte Aufregung in der ganzen deutschen Bevölkerung hervorrufen, ist unser Antrag vollständig begründet.

**Sitzung des Senats.**

Prag, 3. März. Der heutigen rein formalen Sitzung des Senats — sie war in 15 Minuten beendet — ging eine Beobachtungskonferenz voraus, in der eingangs beschlossen wurde, die Wahl der Mitglieder des ständigen Ausschusses aus der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung wieder auszuschneiden. Offenbar wollen die koalitierten Parteien nicht deklarieren, wie schwach ihre Mehrheit im Senate ist. Genosse Dr. Sella brachte sodann

**die Vorfälle in Karlsbad**

zur Sprache und verlangte, daß unserer Interpellation die Dringlichkeit zuerkannt werde, damit im Anschluß daran eine Debatte über diese Vorfälle stattfinden könne. Dieser Wunsch wurde zur Kenntnis genommen. Präsident Klossa erklärte hierauf, er wünsche, daß in der nächsten Zeit eine politische Debatte im Senat abgeführt werde, er meinte jedoch, er müsse sich deshalb erst mit der Regierung und dem Abgeordnetenhaus ins Einvernehmen setzen, damit der Termin der Debatte so gestellt werde, daß die Minister daran teilnehmen können.

Die nächste Sitzung des Senats, welche nur drei Immunitätsfälle auf der Tagesordnung hat, also wieder nur eine rein formale sein wird, findet am Mittwoch, den 10. März, um 4 Uhr nachmittags statt.

**Dr. Benes wußte**

bereits im Jahre 1923 die Namen der ungarischen K.-Fälcher.

Prag, 3. März. In der heutigen Sitzung des Außen Ausschusses des Senats stand der Vertrag mit Polen wegen Regelung der rechtlichen und finanziellen Verhältnisse zur Verhandlung, wobei sich auch eine Debatte über die ungarische Geldfälscheraffäre entwickelte. Genosse Dr. Sella

**Das Elend der Auslands pensionisten.**

Genosse Dr. Czsch im Haußauschuß über den römischen und den Wiener Vertrag. — Der gesamten Opposition die Vertretung im Ausschußpräsidium entzogen.

Prag, 3. März. Die heutige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zeigte wieder einmal, von welchem Geiste die Mehrheitsparteien befeuert sind und wie es mit der auch vom Außenminister angekündigten „Locarnisierung“ der tschechoslowakischen Innenpolitik aussieht. Fünf Jahre lang hatte die deutsche Minorität die Stelle des Vorsitzenden-Stellvertreters im Auswärtigen Ausschuß inne, ohne daß sich daraus irgendwelche Schwierigkeiten ergeben hätten. Als deutscher Vorsitzender-Stellvertreter fungierte während dieser Zeit Genosse Dr. Czsch. Den Deutschen auch diese Vertretung noch zu nehmen, war für die Koalition eine harte Nuß. Dreimal wurde die Wahl der Vorsitzenden-Stellvertreter immer wieder von einer Sitzung zur anderen verschoben, um den Koalitionsparteien Zeit zur endgültigen Stellungnahme zu geben. Gestern nun wurde der Beschluß der Deputa durchgeführt, den Oppositionsparteien überhaupt jede Vertretung im Präsidium zu entziehen, und die von den deutschen Parteien beantragte Wiederwahl des Genossen Czsch abgelehnt. An seine Stelle tritt der tschechische Nationalsozialist Brusovsky, so daß die vier Stellen im Präsidium ausschließlich von der Koalition besetzt werden.

Nach durchgeführter Konstituierung des Ausschusses wurden mehrere Staatsverträge behandelt. Der spanische und der belgisch-luxemburgische Vertrag wurden ohne Debatte genehmigt. Dagegen gab es bei der

**Ratifizierung des römischen und des Wiener Vertrages,**

die sich mit der Regelung der Pensionsbezüge

er führte aus, daß es doch immerhin auffällig sei, daß die Regierung, welche schon vor 3 Jahren in dieser Angelegenheit aus Anlaß der Fälschung tschechischen Geldes eine Note an die ungarische Regierung gerichtet habe, auf die Erledigung dieser Note nicht gedrängt habe, obwohl sie durch so lange Zeit unbeantwortet blieb. Er verwies ferner darauf, daß die tschechische Regierung, trotzdem ihr diese Angelegenheit bekannt war sich an der Sanierung Ungarns beteiligt und so einer Regierung, die mit den Geldfälschern in Verbindung stand, die weitere Existenz ermöglicht hat.

Außenminister Dr. Benes konnte diesen Widerspruch nicht auflären und führte dann noch aus,

daß die tschechische Regierung in der Note vom 15. Februar 1923 der ungarischen Regierung die Namen der Fälscher und die Tatsache mitgeteilt habe, daß die gefälschten Noten vor ihrer Inverkehrsetzung auf der Polizeidirektion in Budapest waren.

Die ungarische Regierung habe jede Untersuchung der Angelegenheit unterlassen, im übrigen werde er (Dr. Benes) die Angelegenheit weiter verfolgen und die notwendigen Schritte unternehmen.

Der Vertrag mit Polen wurde angenommen.

und Rechtsverhältnisse der sogenannten Auslands pensionisten beschäftigen, eine sehr einschneidende Debatte. Nach Erstattung eines eingehenden Berichtes durch den Abgeordneten Brusovsky kam

**Genosse Dr. Czsch**

zu Worte, der die Lage der Auslands pensionisten eingehend erörterte und

**das entscheidende Elend**

in Erinnerung brachte, das die Verschleppung des römischen und des Wiener Vertrages für die zum Teil vollständig pensionierten, zum Teil lediglich auf lange Vorhänge angewiesenen Ruhestandsbesitzer im Gefolge hatte. Er kam dann auf einzelne drückende Bestimmungen der beiden Verträge zu sprechen, so auf die

**Ueberbestellungsverpflichtung**

der Pensionisten, deren rigorose Durchführung mit Rücksicht auf die schwierige Lösung aus ihren jetzigen Verhältnissen und die Schwierigkeiten, die mit der Errichtung eines neuen Haushaltes, dem Suchen einer neuen Wohnung usw. verbunden sind, die im Ausland lebenden Auslands pensionisten bei ihren sehr lang bemessenen Bezügen dem größten Elend überantworten würde. Genosse Dr. Czsch verwies weiter auf die Unaufrichtigkeit jener Bestimmungen des Wiener Vertrages, die von einer „wohlwollenden Pragis“ der amtlichen Stellen bei Gewährung von Auslands pensionen zu berichten weiß, und fordert die liberale Anwendung der einschlägigen Gesetzesbestimmungen. Zum Schluß erörterte Redner jene Be-

**Große Schlacht vor Peking**  
**Zwischen Tschangsolin und Feng.**

Peking, 3. März. Bei Machang ist eine große Schlacht zwischen den Streitkräften Tschangsolins und Fengs um die Herrschaft über Peking im Gange, die an Heftigkeit alle bisherigen Kämpfe des Bürgerkrieges in den Schatten stellt. Panzerautos und Tanks spielen in den Kämpfen eine große Rolle. Zahlreiche Brücken sind in die Luft gesprengt worden, der Verkehr ist völlig lahmgelegt. Von beiden Parteien wird die schärfste Zensur ausgetübt. Die Truppen Tschangsolins, Litjingshianz und Wupelfus suchen einander die Hände zu reichen.

stimmungen des Wiener Vertrages, die gewisse Pensionistenkreise, die sich durch

**Eides- oder Dienstverweigerung**

usw. gegen den Staat vergangen haben sollen, vom Genuß der Pension ausschließen. Er verwies auf die Rechtslage beim Antritt, auf die Unklarheit bezüglich der Staatsgrenzen, auf den erst nach Jahresfrist erfolgten Abschluß des Pariser Vertrages und bezeichnete diese Vertragsbestimmungen geradezu als grausam. Er forderte schließlich genauen Aufschluß über den Kreis von Personen, die von dieser Ausnahmsbestimmung getroffen sind, und beantragte folgende Resolution:

„Die Regierung wird aufgefordert, bei Erledigung von Ansuchen von Pensionisten, denen die Flüssigmachung der Pensionen gemäß § 2 des Wiener Vertrages verweigert wird, mit größter Liberalität (gemäß des Absatzes 2 des § 1 der Regierungsvorlage 110) vorzugehen.“

Nachdem noch der Abgeordnete Kreibich gesprochen hatte, kam ein Vertreter des Finanzministeriums zu Worte, der erklärte, daß den Auslands pensionisten gegenüber, deren Zahl etwa 4000 betrage, mit dem größten Wohlwollen (?) vorgegangen werden würde.

Nach einem Schlußwort des Referenten, der unter Hinweis auf die Zusicherung größten Wohlwollens durch den Vertreter des Finanzministeriums die Ablehnung der beantragten Resolution vorschlug, führte der Vorsitzende Tomasek die Abstimmung durch, die mit 8 gegen 7 Stimmen die Ablehnung der Resolution ergab. Nach Erledigung einer weiteren geringfügigen Vertragsangelegenheit wurde die Sitzung geschlossen.

**In jede Arbeiter- und Gemeindebücherei**

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

**„Die Entstehung der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung.“**

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926.

**Die Goldwäher am Klondike.**

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

61 von Emil Droonberg.

Kein Sturmsignal hätte die Bevölkerung zu größerer Erregung aufschrecken können, als diese Schiffskatastrophe. Ihr Gehül bedeutet für sie Befreiung von den Fesseln des Winters, Wiederherstellung der Verbindung mit der Außenwelt — und vor allem das Ende der Hungersnot. Bald folgten dem ersten triumphierenden Signal weitere, die Rauchsäule schob sich langsam näher, und endlich wurde auch der Schiffsrumpf unter ihr sichtbar. Es war das Ereignis des Jahres, und wer deshalb nur von seinem Arbeitsplatz abkommen konnte, strömte herbei, um der Ankunft des ersten Schiffes im Jahre bei zuwohnen.

Lastwagen fuhren auf, leere, um erwartete Fracht sofort in Empfang zu nehmen und nach der Stadt zu rollen, und schwer beladene, welche Fracht nach Dawson brachten, die auf der Brücke aufgestapelt wurde. Von jetzt ab würden sich die Dampfer fast täglich folgen, denn was in Nome einem Schiffe ähnlich sah und geringen Tiefgang besaß, würde man auf den Strom werfen, um den Andrang der Abenteuerer nach dem Goldlande zu bewältigen.

Endlich, nach langem Warten, kam der Dampfer heran und legte an der Brücke fest. Auf seinem Verdeck drängten sich die Reisenden Kopf an Kopf, viele bereits mit Gepäckstücken auf dem Rücken oder in den Händen, um ohne Zeitverlust an Land gehen zu können.

Es war deutlich zu sehen, daß das Schiff bis auf den letzten Nagel und darüber hinaus besetzt

war, und niemals wohl war seine Ankunft hier so inbrünstig ersehnt worden, als diesmal, denn niemals zuvor hatte der Hunger seine Geißel im Lande so geschwungen, wie in diesem fürchterlichen, niemals wieder zu vergessenden Winter.

Einen Teil des Proviantes, den der Dampfer brachte, würde er ja für Dawson an Bord behalten müssen, aber was er hier ließ, genigte bis zur Ankunft des nächsten Bootes.

Mehr als ein Viertel der Reisenden verließ hier das Schiff. Auch ein großer Teil derjenigen, die bis zum Endziel oder den Zwischenplätzen an Bord verblieben, ging hier an Land, um den Ort zu besichtigen und die neuesten Berichte aus den Goldfeldern zu erfahren. Die Weiterfahrt nach Dawson konnte vor dem nächsten Morgen nicht erfolgen, da der Dampfer viel Ladung zu löschen und auch wieder einzunehmen hatte.

Eisen, die für ihre Reise nach Dawson nur geringe Vorbereitungen zu treffen hatte, war daher nicht in Eile und hatte von ihrem Plage aus die vielen fesselnden Szenen der Landung des Schiffes mit Interesse beobachtet.

Dabei kam ihr, sie wußte nicht recht wie, plötzlich der Gedanke, ob nicht möglicherweise schon ein Brief für sie von Escher eingetroffen sein könnte. Ein Lebenszeichen von ihm, jetzt gerade in diesem Augenblicke, das fühlte sie, würde ihren Mut wieder etwas aufrichten. Sie wagte freilich nicht zu glauben, daß ein Brief da sein würde. Ihr würde das Leben doch nichts anderes als Unheil und Schläge und Enttäuschung bringen, und das Glück würde an ihr immer vorübergehen. Aber der Sicherheit wegen wollte sie doch auf der Post nachfragen, ehe sie morgen mit dem Dampfer fort zuhause verließ.

Vor einigen Tagen hatte sie Escher auch selbst schon ein paar Zeilen geschrieben. Eher hatte sie sich nicht dazu bringen können, ihm von ihren Erlebnissen Mitteilung zu machen, denn in ihre schwere Enttäuschung mischte sich auch ein wenig Beschämung darüber, daß sie keine Warnungen,

die sich als so begründet erwiesen hatten, so wenig beachtet hatte.

Ob er diesen Brief wohl empfangen hatte? Vielleicht befand er sich gar nicht mehr in Dawson, denn wer in dieses Land kam, der war wie ein Stück Treibholz im Meere, das von der Strömung dahin und dorthin getragen wird.

Die Postoffice befand sich in einem Eisenwarenladen. Als sie diesen betrat, fand sie ihn voll von Leuten, die Post erwarteten, und hinter dem Verschlage, der den Postdienst vom dem Geschäft trennte, herrschte Hochbetrieb. Der Dampfer hatte aus dem Westen eine ganze Anzahl Briefsäcke mitgebracht und deren Inhalt mußte sortiert werden.

Eisen trat an den Schalter, nachdem vor ihr ein paar andere Nachfragende abgefertigt waren.

„Eisen Malony, wiederholte der Clerk, als sie mit vor Erwartung stockendem Atem ihren Namen genannt hatte, und begann ein Bündel Briefe und Karten aus einem bestimmten Fach durchzusehen. Dann nahm er einen heraus und Eisen wurde rot und blaß, während er die Adresse noch einmal prüfte.

„Ja, hier ist einer“, verkündete er, indem er ihr den Brief reichte.

Eisen wollte ein kurzes „Danke!“ stammeln, brachte aber vor Aufregung kein Wort über ihre Lippen. Sie wollte sich eben von dem Schalter abwenden, als der Clerk sie zurückhielt.

„Einen Augenblick, Miß“, sagte er. „Haben Sie den Brief vor ein paar Tagen bekommen?“

Eisen sah überhächt und fragend zu ihm auf. Sie verstand nicht recht, was er meinte.

„Ich habe überhaupt noch keinen Brief hier bekommen“, erwiderte sie. „Dieser ist der erste.“

Der Clerk schien unsicher zu werden. „Es war mir so, als ob schon vor ein paar Tagen ein Brief für Sie dagesesen ist, denn irgend-

jemand abgeholt hat. Kann mich freilich nicht mehr besinnen, wer es war. Die Sache fiel mir auch nur auf, weil wir nicht allzu viele junge Ladies in der Stadt haben.“

„Ich habe keinen Brief bekommen“, erklärte Eisen noch mehr verwundert.

„Erwarteten Sie noch einen außer diesem?“

„Ich weiß nicht“, antwortete sie zögernd. „Ich glaube nicht.“

„Dann muß ich mich wohl getäuscht haben. Genau kann ich mich der Sache ohnehin nicht mehr erinnern. Ich werde jedenfalls diesen Brief in den Händen behalten und habe dann gedacht, er wäre schon abgeholt. Entschuldigen Sie.“

Bevor Eisen etwas darauf erwidern konnte, wurde sie schon von anderen ungeduldig Wartenden abgedrängt. Sie war auch überzeugt, daß der Clerk sich geirrt hatte, was ja bei der Hast und der Menge seiner Arbeit leicht begreiflich war. Wer kannte denn auch hier ihren Namen, um Briefe unter diesem abzufordern.

Als sie aus dem Store heraustrat, dachte sie schon kaum mehr daran. Einen Augenblick überlegte sie, wo sie sich hinwenden sollte, um den Brief, den sie schon an der Handchrift als von Escher erkannt hatte, auch wenn nicht in der oberen linken Ecke der übliche Zurückvermerk mit seinem Namen gestanden hätte, ungestört zu lesen.

In das Boardinghaus wollte sie nicht gehen. Miß Willi's war eine recht brave Frau vom Typ der Pensionerfrauen, aber schrecklich neugierig und wie so viele von diesen, die das Leben in der Abgeschiedenheit entweder ganz wortlos oder im Gegensatz dazu außerordentlich redselig macht, sehr geschwätzig. Und Eisen wollte doch erst selbst einmal sehen, welche Nachrichten der Brief ihr brachte.

(Fortsetzung folgt.)

# Bethlen „erhobenen Hauptes“ nach Genf abgereift.

Budapest, 3. März. (M.F.) Ministerpräsident Graf Bethlen ist heute um 7 Uhr mit dem Wiener Schnellzuge nach Genf abgereift. Während seiner Abwesenheit hat der Reichsverweser mit der vorläufigen Führung des Ministerpräsidentiums den Volkswirtschaftsminister Dr. Bafz betraut.

Budapest, 3. März. In der Nationalversammlung führte Graf Bethlen bei Schluss seiner Rede aus:

Bezüglich der Person Windischgrätz hat mich die französische Polizei etwas anderes als einen Verdacht nicht mitgeteilt, in dem sie ausfragte, 1924 sei bei der Polizei in Nizza eine Anzeige erfolgt, Windischgrätz beschäftige sich in Ungarn mit der Beschaffung von falschen Franken. Wenn die ungarische Regierung eine Unterlassung begangen habe, indem sie Windischgrätz zwischen dem 17. und 26. Dezember nicht verhaften ließ, welche Meinung soll man von dem Vorgehen haben, daß die französische Regierung bereits 1924 Kenntnis davon hatte, daß sich Windischgrätz mit solchen Dingen beschäftige und es nicht der Mühe wert fand, die ungarischen Behörden und die ungarische Polizei überhaupt aufmerksam zu machen? Die Annahme, daß die Frankfälschungen von irgend einer geheimen Gesellschaft verübt wurden, sei nicht richtig. Denn, wenn eine geheime Gesellschaft die Sache verübt hätte, dann wäre es überflüssig gewesen, daß Zadravetz die Leute vereidigt hätte. Auch die übrige Darstellung der Opposition, daß es sich um eine geheime Gesellschaft handle, stehe auf dünnem Fuß. Zum Kapitel „geheimen Gesellschaften“ müsse Redner doch bemerken, daß die Regierung bereits vor zwei Jahren einen Gesetzentwurf zur Ergänzung des Strafgesetzbuches eingebracht habe, in dem Bestimmungen gegen geheime Gesellschaften enthalten waren, doch konnte dieser Entwurf wegen der ablehnenden Haltung der Opposition nicht verhandelt werden. Im übrigen habe die Regierung auch im Verordnungswege Maßnahmen gegen geheime Gesellschaften getroffen und den öffentlichen Beamten das Ehrenwort abgenommen, keinerlei geheimen Gesellschaften anzugehören. Der Ministerpräsident schloß: „Ich gehe erhobenen Hauptes nach Genf. Daran ändert auch das persönliche Vorgehen nichts, daß man im letzten Augenblick Beschwädigungen gegen mich erhoben hat, ohne Beweise vorzubringen. Ich werde nach bestem Gewissen die Interessen der ungarischen Nation in Genf zu vertreten versuchen.“ (Beifall bei der Regierungspartei. Rufe: „Abdanken“ bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Horvath bezeichnet es als illoyal, daß der Ministerpräsident anlässlich der Feststellung der Tagesordnung auf die Vorwürfe der Opposition antwortete, wo diese keine Gelegenheit hat, darauf zu erwidern. Er verliest im Namen der vereinigten demokratischen Opposition eine Deklaration, in der gegen die Vertagung der Nationalversammlung protestiert und gefordert wird, daß die Zeugnisaussagen des Grafen Karolyi der Nationalversammlung mitgeteilt werden, indem dieser Zeuge durch das Gericht zur Ergänzung seiner Aussagen verhalten werden soll. In der Deklaration wird dagegen Einspruch erhoben, daß das Land in Genf von der gegenwärtigen Regierung vertreten wird.

Justizminister Pesthy erklärt, es seien bereits Maßnahmen getroffen worden, daß Genf Karolyi seine Zeugnisaussagen auch bezüglich jener Details ergänze, die er unter dem Vorwand der Ritterschickerei verheimlichen wollte. Da Karolyi dieses verweigert habe, sei die Staatsanwaltschaft angezwungen worden, im Sinne der Strafprozessordnung ihn zur Ergänzung seiner Aussagen zu verhalten.

Nachdem noch mehrere Abgeordnete unter großem Lärm zur Frage der Tagesordnung Stellung genommen hätten, wurde der Antrag des Vorsitzenden mit großer Mehrheit angenommen.

Abg. Friedrich bringt in persönlicher Frage die Angelegenheit der Sozofälschungen zur Sprache. Er habe noch vor Abschluß des Friedens aus eigenen Mitteln einen Betrag zur Verfügung gestellt, damit Meszaros, der sich wegen der Sozofälschung in Oesterreich in Haft befand, auf freien Fuß gesetzt werden könne. Das vom Ministerpräsidenten erwähnte Abendessen sei in seiner (Friedrichs) Wohnung abgehalten worden und daran habe auch Meszaros und Windischgrätz teilgenommen. Meszaros habe ihm damals falsche Sozofäls gezeigt und Friedrich habe ihn aufmerksam gemacht, diesen Wahnstimm nicht weiter fortzusetzen.

Justizminister Pesthy erklärte, daß die Kaution für Meszaros nicht von der Regierung erlegt worden sei, da sich der Staat in dieser Sache nicht einmengen konnte.

Abg. Pallavicini erklärte, er werde der Aufforderung des Ministerpräsidenten, sich bei der Staatsanwaltschaft zur Zeugnisaussage zu melden, nicht Folge leisten, doch sei er geneigt, seine heute in der Nationalversammlung abgegebenen Erklärungen auch in der Presse zu wiederholen, damit gegen ihn der Presseprozeß eingeleitet werden könne.

Justizminister Pesthy sagte, falls Pallavicinis Behauptungen der Wahrheit entsprechen, so unterstütze er ein Verbrechen, wenn er seine Daten der Staatsanwaltschaft nicht zur Verfügung stelle. Der Justizminister könne nicht davon Abstand nehmen, daß Pallavicini als Zeuge verhört werde.

Abg. Lindauer erklärte ebenfalls, daß bei dem Abendessen bei Friedrich zu Beginn des Jahres 1922 die Anwesenden die Sozofälschungspläne Meszaros' auf das entschiedenste verurteilten.

## Tschechoslowakische Strafanzeige gegen Meszaros.

Wien, 3. März. Der Pariser Korrespondent der „Stunde“ will erfahren haben, daß die tschechoslowakische Regierung gegen Professor Meszaros, der recht türkischer Staatsbürger geworden ist, die Strafanzeige in Jugora erstattet hat.

## Briand über die Affäre.

Paris, 3. März. Gegen 19 Uhr ergriff der Abgeordnete Blum in der Kammer das Wort, und zwar zu seiner Interpellation über die ungarische Französischeraffäre. Er verlangte, man möge ein Datum für ihre Durchberatung bestimmen. Ministerpräsident Briand antwortete, daß es im gegenwärtigen Augenblicke unmöglich sei, eine präzise Antwort zu erteilen, da mit den ausländischen Regierungen darüber Verhandlungen geschlossen werden, welche noch nicht abgeschlossen sind. Der Ministerpräsident sei deshalb an eine gewisse Reserve gebunden und könne einer sofortigen Durchberatung nicht zustimmen. Er forderte die Kammer auf, die Interpellation zu vertagen.

Er erklärt weiter, er könne die Diskussion jetzt, wo das Gerichtsverfahren laufe und wo zwischen der französischen und der ungarischen Regierung eifrig verhandelt werde, nicht zulassen. Das soll nicht heißen, die Debatte über die Tatsachen, welche berechtigte Entrüstung hervorgerufen haben, in einem gegebenen Augenblicke zu verweigern. Briand verlangt, man möge die Diskussion auf etwa 2 Wochen vertagen, bis die ungarischen Gerichte sich ausgesprochen hätten. (Fronische Zurufe links.)

Abgeordneter Blum erklärt, es handle sich um eine Frage der öffentlichen Moral. Man stehe vor einem von Bethlen organisierten Plan, vor einem kriegerischen Unternehmen gegen den Trianoner Vertrag und da hätten wir nicht das Recht mitzusprechen? fragt Blum.

Briand antwortet: „Mitsprechen wohl, aber mit einem anderen Außenminister!“ (Proteste auf der äußersten Linken.)

Blum fährt fort: „Ich finde den Verfolgungswillen der Regierung begreiflich, um Schwierigkeiten zu begegnen.“

Briand: „Ich fürchte keine Schwierigkeiten, ich fürchte nur die Unbesonnenen.“ (Beifall links und im Zentrum.)

Als Blum darauf besteht, daß die Vertreter Ungarns im Völkerbund nicht so behandelt werden können, wie die anderen, ergriff Briand nochmals das Wort und sagt: „Wenn wir unseren Delegierten im Völkerbund verwehren, sich neben diejenigen irgend eines anderen Staates

zu setzen, so wäre dies die Verneinung jedweder Wirkungsmöglichkeit des Völkerbundes. Die französische Regierung hat ihre Pflicht getan. Wir haben sogar erreicht, daß unsere Organe der Untersuchung beimohnen konnten. Wir verlangen Sanktionen. Die ungarischen Gerichte sind am Werk. Die ungarische Regierung hat hohe Persönlichkeiten verhaften lassen. (Cochin ruft dazu: „Sie hätte sich selbst einsperren sollen!“) In dem unglaublichen Bandenwesen erblicke ich ein gegen den Frieden gerichtetes Unternehmen, ein Unternehmen, welches in den Wirkungsrahmen des Völkerbundes fällt, welcher es verurteilen muß, um eine Wiederholung desselben zu verhindern. (Lebhafte Beifall auf allen Banken.) Ich werde das Nötige tun, aber ich appelliere an Ihre Vernunft. Verallgemeinerungen sind gefährlich. Das ungarische Volk müsse außer Spiel gelassen werden. (Lebhafte Beifall.) Der Gerechtigkeit wird Genüge getan werden. Ich bitte Sie den Ereignissen nicht vorzugreifen und der Regierung, welche mit großer Energie ihre Pflicht getan hat, zu gestatten, bis ans Ende zu gehen. (Lebhafte Beifall.)

Daraufhin haben die Interpellanten ihre Interpellation zurückgenommen.

## Eine sensationelle Meldung der „Arbeiterzeitung“.

Wien, 3. März. Die „Arbeiterzeitung“ bringt in ihrem Bericht über die Sitzung des Budapester Abgeordnetenhauses einen Passus aus der Rede des Justizministers Pesthy, die sich in den Parlamentarischen Berichten anderer Blätter nicht vorfindet. Nach der „Arbeiterzeitung“ hätte sich Justizminister Pesthy nach der Rede des oppositionellen Abgeordneten Horvath erhoben, wobei er einen Akt in Händen hielt, und sich an Friedrich mit der Frage gewandt:

„Sind Sie einverstanden, daß ich das vorlese?“

Nachdem Friedrich eine zustimmende Bewegung gemacht hatte, hätte Pesthy gesagt: „Dies ist das Protokoll über die Einvernahme

des Professors Meszaros bei der Polizei aus dem Jahre 1921. Meszaros sagte aus: Im Frühjahr 1920 beschloßen die irredentistischen Vereine, daß sie die CSR. angreifen werden. Da aber diese Aktion große Geldmittel beanspruchte, wurde mit Zustimmung des damaligen Kriegsministers beschlossen, daß man die Tschechoslowakischen Noten fälschen werde.“ (Anm.: Kriegsminister war damals eben Friedrich.)

## Inland.

### Die Autonomie der Deutschen in der Tschodjowatel.

Eine tschechische sozialdemokratische Stimme.

Im Leitartikel des „Mladý Socialist“ des Organs der tschechischen sozialdemokratischen Jugend, beschäftigen sich die tschechischen Jugendgenossen Pleškot und Dukaš mit der nationalen Frage und schreiben:

Die Forderung nach der selbständigen autonomen Verwaltung aller kulturellen Angelegenheiten, insbesondere der Schule, war eine tschechische Forderung in Oesterreich und wir wissen nicht, warum das, was damals gerecht und berechtigt war, wenn wir es forderten, heute als deutsche Forderung ein Schwindel wäre.

Wir glauben freilich, daß die Ansicht sozialistisch und sozialdemokratisch begründet ist, wenn wir verkünden, daß im Interesse der Demokratie und im Staatsinteresse — es notwendig sein wird, nicht nur die kulturelle, sondern auch die territoriale Autonomie durchzuführen; allerdings nur allmählich.

Die Errichtung großer Verwaltungsgebiete, welche mit einer ausgiebigen Selbstverwaltung bedacht sind, sei es durch Einführung der Ganverwaltung oder in einer anderen Form, würde ein Abflauen der nationalen Erregung in der ganzen Republik bedeuten. Es würde dies die Möglichkeit schöpferischer politischer Arbeit nicht nur für die in Opposition befindlichen deutschen Parteien, sondern auch für die oppositionellen Slowaken bedeuten. Das würde auch eine große Erleichterung für die Politik unserer Partei sein, da sie nicht mehr in einer Koalitionsregierung mit den reaktionären Parteien sein müßte und sich dennoch an schöpferischer Regierungsmacht in jenen Selbstverwaltungsgebieten beteiligen könnte, wo es eine sozialistische Mehrheit gäbe. Die Lösung dieser Frage dürfte allerdings nicht die Rückkehr zum Vorkriegszustand bedeuten durch Errichtung der erneuerten Landtage Böhmens und Mährens, wozu nach der neue slowakische Kame. Hier muß man gegenüber der bürgerlichen Forderung die Notwendigkeit der Errichtung möglichst national einheitlicher Verwaltungsgebiete betonen. Nur durch eine solche Lösung kann ein Staat geschaffen werden, in dem es keinen nationalen Streit geben wird. Dann würde die Regelung der gegenseitigen, insbesondere der sprachlichen Beziehungen nicht vom Standpunkte des politischen Prestiges, sondern vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit erfolgen. Es würden dann nicht Sprachverordnungen auf eine solche Art herausgegeben werden, die nicht nur für die Deutschen und ihre politische Parteien, sondern auch für unsere Partei eine Uebertragung bedeuten.“

Das Interessanteste ist die Meinung der Verfasser des Aufsatzes, daß die Sprachverordnungen für die tschechische Sozialdemokratie eine Uebertragung bedeuten haben. Das gilt vielleicht für die Verfasser, aber wohl kaum für die parlamentarischen Führer der tschechischen Sozialdemokratie. Wie denn überhaupt der Wert dieser Uebersetzung, so ehrlich und gut gemeint sie auch sein mag, nicht überschätzt werden darf, denn es handelt sich hier um die Meinung von zwei tschechischen Genossen, welche die Nahrung einer kleinen Gruppe haben mögen, wobei man nicht einmal weiß, ob es die Meinung dieser Gruppe ist.

### Soll die Sozialversicherung verschleppt werden?

Die Tätigkeit der vorbereitenden Ausschusses für die Sozialversicherung ist nicht so, daß man sich damit abfinden könnte. In der am 2. März l. J. stattgefundenen Sitzung des Organisationsausschusses, dem die Genossen Tauš und Ššámüller angehören, kam dies scharf zum Ausdruck. Genosse Ššámüller kennzeichnete den Sachverhalt ungefähr wie folgt:

In weniger als vier Monaten tritt das Sozialversicherungsgesetz in Kraft. Nur mit Vagen kann man dem Tpe entgegen sehen, wenn man das Tempo, in dem bisher der vorbereitende Ausschuss seine Aufgaben erledigt hat, in Betracht zieht. Wir sind vom Ministerium eingeseht worden, alle Vorbereitungen für die klaglose Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes zu treffen, und was ist bisher geschehen? Die Plenarversammlung hat einen „technischen“ und einen „Organisationsausschuss“ eingesetzt und wir gehen heute davon, eine „Territorialkommission“, eine „Organisationskommission“ und eine „Presse-Einrichtungskommission“ zu schaffen. Ausschüsse und Kommissionen, Reden statt praktischer Arbeit, wo der Termin, das alles fertig sein muß, in nächster Nähe ist und die Veräumnis und Verzögerung uns auf die Nägel brennt! Witte Zänner hat die Plenarversammlung über meinen Antrag einstimmig beschloßen, daß der Organisationsausschuss binnen sechs Wochen über die Frage der einheitlichen Evidenzführung der Versicherungen in den Krankenversicherungsanstalten und der Evidenzführung bei der Zentralsozialversicherungs-

anstalt überhaupt konkrete Anträge stellt. Wir sind noch nicht einmal zur Beratung dieser wichtigsten, grundlegenden Fragen gekommen! In diesem Tempo darf es nicht weitergehen. Wir bringen das Gesetz selbst in Verzug, wenn so weitergearbeitet wird, wir werden zum Gespött Europas. So wie es jetzt geht, muß man sich ernstlich fragen, ob es nicht besser ist, das W. n. d. zur Verfügung zu stellen und die knapp bemessene Zeit für eine produktivere Tätigkeit zu verwenden. Die einzige Hoffnung ist, daß, sollte der Vorbereitungsausschuss versagen, unsere Krankenkassen nicht versagen werden. Tatsächlich wird sich der überwiegende Teil aller Tätigkeit in den nächsten Jahren in den Krankenversicherungsanstalten abwickeln, und hier sind wir uns in der letzten Zeit klar geworden, daß die aufgetragenen Arbeiten werden glatt erledigt werden können, wenn man nicht etwa statt Organisation Verwirrung dorthin von außen bringt. Ich habe schon wiederholt darauf verwiesen, daß der „Vorbereitungsausschuss“ ohne Direktorium zu keiner fruchtbringenden Tätigkeit kommen kann. Die Ernennung des Direktoriums für die Zentralsozialversicherungsanstalt darf nicht mehr länger aufgeschoben werden. Was sind das für Gründe, die die Ernennung immer wieder hinausschieben? Will man die Sozialversicherung verschleppen? Auf alle Fälle muß Klarheit geschaffen werden. Das erste, was geschehen muß, ist, daß der Organisationsausschuss den Vorstand aufstellt, das Direktorium oder doch wenigstens den leitenden Direktor innerhalb 14 Tagen zu ernennen und damit die Vorbedingung für zweckmäßige Arbeit zu schaffen.

**Auswirkung der Sprachenverordnung.** Die Autorisationsprüfungen der Ziviltechniker, welche bei der politischen Landesverwaltung in Prag bisher in deutscher Sprache von deutschen Prüfungskommissionen abgehalten wurden, werden nach der neuen Sprachenverordnung nunmehr teilweise in tschechischer Sprache abgehalten werden. Der Verband der Ziviltechniker wurde aufgefordert, wiederum Prüfungskommissionen für die nächste 6jähr. Prüfungsperiode namhaft zu machen. Nunmehr wurde jedoch von der Ingenieurkammer unter Befugigung einer von der politischen Landesverwaltung ergangenen Weisung verlangt, unter Berufung auf die Sprachenverordnung von den vorgeschlagenen Prüfungskommissionen eine schriftliche Erklärung einzubringen, daß sie die tschechische Sprache beherrschen. Ähnlich erging es dem Professorenkollegium der deutschen technischen Hochschule, welches ebenfalls Kommissionen bei der Prüfung zu stellen hat. Wenn die Kenntnis der tschechischen Sprache von den Prüfungskommissionen verlangt wird, ist es für manche Fachgruppe nicht möglich, die Stelle eines Prüfers zu besetzen, da keine Professoren vorhanden sind, die diesen Bedingungen entsprechen. Weiter muß darauf verwiesen werden, daß Bewerber für diese Prüfung sich vorbereitet haben, um sie im nächsten Apriltermin abzulegen und umsonst Mühe und Zeit aufgewendet haben, da sie die tschechische Sprache nicht beherrschen und die Prüfung daher nicht ablegen können. Irgendeine Uebergangsfrist sieht die Sprachenverordnung nicht vor.

**Die tschechischen Nationalsozialisten wollen im Bodenanamt Ordnung machen.** Die Verhältnisse im Bodenanamt stinken sogar schon zum Koalitionshimmel. Der Zentralvollzugsausschuss der tschechischen nationalsozialistischen Partei befahte sich in seiner letzten Sitzung mit dem heutigen Stand der Bodenanreform, besonders mit der Kolonisation im „verdeutschten“ Gebiet und in den Berggebieten, mit der Renten nachfrage in der Slowakei, mit der Wälderreform und fordert entschieden, daß endlich die gesamte Reorganisation des staatlichen Bodenanamtes durch Aufhebung des Verwaltungsausschusses und Vermehrung der Zahl der Vizepräsidenten erfolgen möge. Er protestiert gegen die Absicht, daß dem Verwaltungsausschuss des Bodenanamtes, in dem bloß zwei Koalitionsparteien vertreten sind, wiederum die Vollmacht zur Durchführung der Bodenanreform gegeben wird und ist zu den energischsten Schritten entschlossen, um im Bodenanamt Ordnung zu machen. Daß es nötig wäre, im Bodenanamt Ordnung zu machen, ist unzweifelhaft; merkwürdig wäre es nur, wenn gerade die, sagen wir unordentlichen tschechischen Nationalsozialisten, diese Aufgabe unternehmen sollen.

**Eine Bedingung des Staatsangestelltenbezugssystems.** Während im Parlamente der sozialpolitische Ausschuss mit aller Anstrengung an der Staatsangestelltenbezugsvorlage arbeitet, ist die Frage der Bedingung laut „Právo Lidu“ nicht entschieden. Diese Frage ist, wie das Blatt schreibt, ständig ungelöst, obwohl die Zeit eilt und es wird nötig sein, daß auch nach dieser Seite die Vorlage endgültig ergänzt werden kann. Im Finanzministerium sind bereits bestimmte Anträge ausgearbeitet und am Montag wird sich mit ihnen eine besondere Beratung der Wirtschaftsminister befragen. Die Anträge werden in kürzester Zeit dem Ministerrat überreicht werden, dessen Entscheidungen dann dem Koalitionsvollzugsausschuss mitgeteilt wird. Es handelt sich in erster Reihe um die Erhöhung der Spiritussteuer, die um 2 K 80 h gesteigert werden soll. Die Spiritusindustriellen sollen 1 K und die Konsumanten 1 K 80 h bei einem Liter tragen. In Erwägung kommt auch die bereits geplante Zucksteuer, über die noch eine Entscheidung nicht gefallen ist.

**Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.**

# Rundfunk für Alle!

Heute deutsche Arbeiter sendung um 7 Uhr abends, Gen. Dr. Franzel spricht über „Arbeiter und Kino“.

Programm für morgen, den 5. d. M.

Prag, 16.30: Konzerte; 19: Deutsche Sendung, Dr. Ing. Löbl: Die Kollfrage in der modernen Landwirtschaft; 20.02: Lustiger Abend. — Brunn, 19: Konzerte; 20.10: Aus „Die verkaufte Braut“. — London, 22: Volklieder. — Paris, 21.30: Konzert. — Berlin, 21: Im Wald und auf der Heide. — Stuttgart, 21: Dadaische Dichter. — Leipzig, 19.30: „Der Waldsänger“. — München, 20.35: Konzerte. — Breslau, 21.15: Kammermusik, Frankfurt, 20.15: Klavierkonzert. — Wien, 20.15 „Chaplin“. — Zürich, 20.15: Vertragsabend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

## Tages-Neuigkeiten.

### Nach sieben Jahren.

Heute vor sieben Jahren empfand das deutsche Volk in diesem Staate zum erstenmal mit aller Schärfe, welchen Gefahren es unterworfen wurde. Noch hatte die Friedenskonferenz ihr Urteil nicht gesprochen, noch bestand die Erklärung der Vertreter des deutschen Volkes als einzige verfassungsrechtliche Grundlage für die deutschen Gebiete, die sich aus dem Herrschaftsverband der alten Monarchie gelöst hatten, und schon vertrat der tschechische Staat sein angebliches Recht mit Waffengewalt. Unbewaffnete Demonstranten fielen als Opfer der Legionäre, Blut floss in den Städten Deutschböhmens, in denen das Volk für nichts anderes demonstrierte, als für das ihm verweigerte Recht, seine Vertreter zu wählen. Es war der erste schwarze Tag in der Leidensgeschichte des deutschen Volkes der Sudetenländer, er ist mit Blut eingekreuzt in die Annalen vor allem der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes. Das Blutvergießen des 4. März machte die deutschen Arbeiter vorsichtig gegen eine „Demokratie“, die sich mit Pulver und Blei festsetzen wollte. Es war der denkbar schlechteste Weg, den die neuen Machthaber einschlugen und es war vorauszu sehen, daß sie so die Herzen der Deutschen nicht gewinnen würden.

Heute nach sieben Jahren ist der zentralistische regierte Staat unter dem Einfluß der allnationalen Koalition zu einer Hochburg der Reaktion geworden. Den Deutschen wurden die Sprachverordnungen geboten und man geht gegen demonstrierende Bürger wie damals mit Polizei und Gendarmerie vor. Das Recht auf die freie Meinungsäußerung der Massen ist uns geraubt, so wie es uns geraubt wurde, ehe noch über die Grenzen der Republik die Würfel gefallen waren. Aber auch heute führen diese Gewaltmethoden nur dazu, das Verhältnis des Herrenvolkes zu den Minderheiten zu verschlechtern und die stete Krise des zentralistischen Staates zu verschärfen. Die ehemaligen Freiheitskämpfer haben in sieben Jahren nichts gelernt und nichts vergessen.

Aber so wenig das Blut der Märzgefallenen die nationale Gewaltherrschaft fester stützte, so wenig werden die Gewaltmethoden von heute dem allnationalen Regiment das Leben verlängern. Dieser Staat wird erst zur Ruhe und geblühlicher Arbeit kommen, wenn die Herrschenden die Methoden des vierten März aufgeben und auch uns dadurch die alte Wunde verschmerzen lassen.

## Wieder ein kapitalistisches Festessen mit sowjetrussischer Beilage.

Nicht nur Prag hat seinen Dsejensko; nicht nur in der Tschechoslowakei gibt es einen russischen Geschäftsträger, der bei Festgelagen mit Industriellen fraternisiert. Anderwärts belieben die revolutionären Gesandten Sowjetrusslands dieselbe Methode, wie als jüngstes Beispiel das Auftreten des russischen Botschafters Krestinski beim offiziellen Leipziger Messe-Festessen bewies. In welcher Reihenfolge und Quantität dort Ganselbraten, Nopauer und Trüffel, flankiert von Sektflaschen aufmarschierten, wissen wir nicht; doch einiges, das Krestinski den versammelten Spitzen des Büraertums und den Vertretern der kapitalistischen Presse in der gehobenen Stimmung um Vesten gab, können wir doch berichten. So rief er beispielsweise in seinem Toast den reichsdeutschen Industriekapitänen zu:

„Wenn sich die deutsche Wirtschaft heute trotz der Ergiebigkeit der Produktion noch in schwieriger Lage befindet, so hängt das vielleicht nicht zuletzt davon ab, daß Ihre Industrie nicht genügend Absatzmärkte besitzt. In dieser Richtung können wir Ihnen ganz wesentlich zu Hilfe kommen.“

Dazu wäre zu bemerken, daß den Deutschen der Absatzmarkt zunächst im eigenen Lande, und zwar deswegen fehlt, weil die Arbeiter mit ihren Hungerlöhnen oder dem Bettel der Arbeitslosen unter Unterstützung eben nichts kaufen können — was ein sowjetrussischer Botschafter natürlich übersehen darf, zumal in so illustrier Gesellschaft.

Herr Krestinski sagte dann weiter: „Die dürfen nicht vergessen, daß unsere Regierung die grünen Äußerer und der beste Fahrer in der Welt ist. (Stürmische Heiterkeit und starker Widerspruch.) Meine Herren! Ich verstehe Ihren Widerspruch; ich habe dafür volles Verständnis. Ge-

statten Sie mir aber, Ihnen zu sagen, daß in den letzten sechs Jahren, die hinter uns liegen, niemals irgendwelche Zahlungshindernisse bei uns vorgekommen sind. Das hängt auch davon ab, daß unsere Regierung im Besitz des Außenhandelsmonopols ist.“

Also ist das russische Außenhandelsmonopol nicht etwa ein proletarisches-diktatorisches Mittel zum Schutze der russischen Arbeiter gegen Ausbeutung, sondern eigentlich nur dazu da, um ihre Ausbeutung durch das Auslandskapital erst möglich zu machen. — Und schließlich wurde die dicke Freundschaft zwischen dem deutschen Kapital und der russischen Revolution von Herrn Krestinski also bekräftigt und begossen:

„Die alten Fabriken wurden in Rußland meistens von deutschen Maschinenfabriken eingerichtet. Es wäre für uns bei unserer Lage der Weltwirtschaft unendlich angenehm, wenn die deutsche Industrie uns beim Ausbau unserer Industrie weiterhelfen wollte. Natürlich ist diese Frage für uns sehr stark verbunden mit der Kreditfrage, und ich begrüße es, daß auf diesem Gebiet der erste Schritt einer deutsch-russischen Verständigung angebahnt worden ist. Wäre es möglich, mit Hilfe der Reichsregierung die russischen Kreditbedürfnisse zu befriedigen, so zweifle ich nicht daran, daß das zum Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen beitragen würde. Ich zweifle nicht an den starken inneren Kräften der deutschen Industrie und hoffe, daß die deutsche Industrie den notwendigen Weg finden wird, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden großen, trotz politischer Gegensätze befreundeten Reiche immer mehr enger und fester zu gestalten. Darauf erhebe ich mein Glas.“

Da können wir nur sagen: „Prost!“ Es lebte die Freundschaft zwischen der reaktionären Luther-Regierung und den Industrieherrn auf der einen Seite, der Moskauer Sowjetherrschaft und ihrer Internationale auf der andern Seite!

Die Assentierungen im Jahre 1926. Gemäß der Bestimmungen der §§ 10 und 16 des Wehrgesetzes, bezw. des § 79 der Wehrvorschriften kann der Ausschub des Antrittes des Präsenzdienstes denjenigen bewilligt werden, welche ihre Studien fortsetzen oder sich anderweitig für einen bestimmten Beruf vorbereiten (z. B. Beisp. Lehrlinge), wenn sie durch die Unterbrechung großen Schaden erleiden würden, weiters denjenigen, welche besonders berücksichtigungswürdige Umstände nachweisen. Den Gesuchen um Ausschub des Präsenzdienstes müssen alle Nachweise zugelegt werden, welche die Vorlage der Gesuche begründen, z. B. das Studienzeugnis (Schulbesuchszeugnis) vom Vorjahre, sowie der Beleg über die Fortsetzung der Studien (bei Studenten), oder der Beleg über die ununterbrochene Vorbereitung für einen bestimmten Beruf (bei Lehrlingen und dgl.). Die Gesuche müssen vor der Assentierung und zwar bei der politischen Bezirksverwaltung (dem Bezirksamte oder dem Magistrat) eingereicht werden, in dessen Bereich der Gesuchsteller seinen dauernden Wohnsitz hat. Wer aus irgendwelchen Gründen das Gesuch nicht bereits vor der Assentierung eingereicht hat, kann es spätestens bei der Assentierungskommission, jedoch noch vor der ärztlichen Untersuchung einreichen. Wenn der Gesuchsteller bei der Gesuchsvorlage nicht die notwendigen Belege zur Hand hat, so kann er sie erst nach der Assentierung vorlegen; das Gesuch selbst — sei es auch ohne Belege — muß jedoch unter allen Umständen spätestens bei der Assentierung vor der ärztlichen Untersuchung eingereicht werden. Nach der Assentierung können Gesuche — und zwar spätestens bis zum Tage des Präsenzdienstantrittes — nur dann eingereicht werden, wenn die Umstände, auf welche sich der Gesuchsteller in seinem Gesuche stützt, erst nach der Assentierung eingetreten sind. Ansonsten ist ein derartiges verspätet eingereichtes Gesuch ergebnislos und es muß nach den bestehenden Bestimmungen abgewiesen werden.

Die Pläne der tschechischen Nebenregierung des Staates. Wie die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ berichtet, hat die Kreisversammlung der Narodni Jednota in Znamim folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die Bodenreform hat nur nach staatlichen und nationalen Gesichtspunkten und nach Anhörung der örtlichen Minderheiten, insbesondere der Lehrerschaft, zu erfolgen.
2. Der Staat hat sich unverzüglich um den Bau von Minderheitenschulen in Schönwald, Schönau, Schaffa, Hosslein, Alt-Schallerödorf, Baumühl, Delowitz, Jostowitz, Frischau und Wiskau zu kümmern; Kindergärten sind in allen Minderheitsgemeinden zu errichten.
3. Beschleunigung des Baues der Thajatal-sperren.
4. Bei der Besetzung, welche Stelle immer ist neben der Hochqualifikation besonders die Eignung des Kandidaten für nationale Arbeit zu berücksichtigen. Das gegenwärtige Wirken dieser Staatsangestellten auf exponierten Posten soll ideell und materiell belohnt werden.
5. So lange Tschechen von deutschen Hausbesitzern abhängig sind, soll das Mieterschutzgesetz in unserem Kreis nicht aufgehoben werden. Das Gesetz über die Baubewegung soll für die Bedürfnisse des tschechischen Volkes in den Minderheitsgemeinden nutzbar gemacht werden.
6. Ausländer sollen unter keinen Umständen aufgenommen werden.
7. Alle staatsbehaltenden Parteien sollen diese Forderungen unterstützen.

Dazu ist ergänzend zu bemerken, daß die unter Punkt 2 angeführten Orte rein deutsche Gemeinden mit alt-nährlicher kleinbäuerlicher und agrarischer Bevölkerung sind. In Frischau hat

man bereits eine tschechische Minderheitsschule für zwei tschechische Kinder errichtet. Die Regierung aber fürchtet die Jednota und kommt den Wünschen der Chauvinisten so eifrig nach, daß die Gewerkschaften bereits als eine feste Nebenregierung des Staates angesehen werden können. Der Regierung kommt dann nur noch die Aufgabe zu, offiziell jede Tschechisierung zu leugnen und den Deutschen Sand in die Augen zu streuen.

Das Schicksal 80jähriger Veteranen in Hindenburg-Deutschland. Im Jahre 1924 bestanden in Deutschland noch rund 100.000 bedürftige Veteranen aus den Kriegsjahren 1864 bis 1871. Es handelt sich um Leute im Alter von 75 bis 100 Jahren. Die Inflation hat sie noch bedürftiger gemacht als sie ohnehin schon waren. Dieser wurden sie mit einem Ehrensold im jährlichen Betrag von 12.50 Reichsmark abgefunden. Bei der Beratung des Haushalts für 1925 war es dem sozialdemokratischen Abgeordneten Rohmann (Württemberg) gelungen, die Annahme einer Entschädigung durchzusetzen, die die Reichsregierung erachtet, die Monatsbezüge auf 30 Reichsmark zu erhöhen. — In Ausführung dieses Beschlusses sah sich die Regierung genötigt, die Bezüge ab 1. Oktober 1925 auf 20 Mark monatlich zu erhöhen. Sie tat dies aber nur in Form einer widerwilligen Teuerungszulage von 7.50 Mark pro Monat. Auch im Haushalt von 1926 wollte sie nicht weitergehen, obwohl die Zahl der Empfänger inzwischen auf 82.000 gesunken ist. Eine gewisse Stütze fand die Regierung in dem Verhalten der bürgerlichen Parteien. So hat z. B. die Bayerische Volkspartei, die sich auf ihre Fürsorge für die ehemaligen Kriegsteilnehmer besonders viel einbildet, die Annahme der sozialdemokratischen Entschädigung, die 30 Mark forderte, mit der Einbringung eines Antrages beanstandet, der die Regierung auffordert, die Beihilfe auf nur 20 Mark zu erhöhen. Dieses Schicksal würden die Altveteranen auch erfahren haben, wenn sich die Sozialdemokratie ihrer bei der Beratung des Haushalts des Finanzministeriums für 1926 nicht tatkräftig und erfolgreich angenommen hätte. Der Abg. Rohmann (Sog.) beantragte mit seinen Freunden in Vollzug der angenommenen Entschädigung, die Bezüge auch tatsächlich auf 30 Mark zu erhöhen und zu diesem Zwecke den betreffenden Etatposten um weitere sieben Millionen Mark zu verstärken. Unter dem Eindruck seiner Darlegungen wurde die Angelegenheit dem Sparauschuß überwiesen, der nach kurzer Beratung mit Zustimmung des Finanzministers beschloß, die Bezüge der Altveteranen ab 1. April 1926 endgültig von 12.50 auf 25 Mark zu erhöhen. Das sozialdemokratische Vorgehen endete also mit einem sehr beachtlichen Teilerfolg.

Sozialdemokratischer Sieg bei der Grazer Polizei. Die Wahlen der Personalvertretung bei der Grazer Polizei brachten der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg über die christlichsoziale Gewerkschaft. Von 517 Polizeibeamten beteiligten sich 483 an der Wahl. Die freie Gewerkschaft erhielt 405, die christlichsoziale 78 Stimmen, so daß von den zwölf Mandaten elf die freie Gewerkschaft erhielt, eines die Christlichsozialen.

Die Plamierten aus dem Affen-Projekt geben immer noch nicht Ruhe! In dem durch den „Affen-Projekt“ zu einer traurigen Berühmtheit gewordenen nordamerikanischen Staate Tennessee wurde soeben ein vor 123 Jahren erlassenes „blaues Gesetz“ strikt durchgeführt, das jedwede Arbeit und die Ausübung irgend eines Berufes am Samstag verbietet. Infolgedessen wurden in Nashville, Memphis und in anderen Städten gegen viele Kaufleute Haftbefehle ausgestellt. In Nashville wurden sogar die Herausgeber von zwei Sonntagzeitungen, Zigarrenhändler, Zeitungsverkäufer, Schuhmacher, Omnibus- und Taxi-Chauffeur, Besitzer von Gasolin-Stationen und Süßigkeitenhändler vor Gericht geladen, ebenfalls der Superintendent der Straßenbahn weil er Wagen laufen ließ. In Memphis waren fast alle Läden geschlossen, aber die beiden Zeitungen „Tennessee“ und „Banner“ erschienen wie an jedem anderen Tage, obwohl man ihnen mitgeteilt hatte, daß jedwede Arbeit nach Mitternacht verboten ist. Der Anwalt Cooper, ein „Reformer“, hat das alte Gesetz ausgegraben und das Obergericht hat entschieden, daß es zu Recht besteht und durchgeführt werden kann, als der Besitzer einer Gasolin-Station, welcher der Verletzung des Gesetzes schuldig befunden worden war, dagegen Berufung einlegte. Nach dem „Affen-Projekt“ ist in dem Staat Tennessee eben alles möglich, und so muß man auch die Meldung ernst nehmen, daß die „Reformer“ eine Kampagne planen, wonach jeder Bewohner einer Stadt oder Ortschaft gezwungen werden soll, nach 6 Uhr abends in seiner Wohnung zu bleiben.

Der Projekt Lügow wird ein teurer Spieß der preussischen Justizverwaltung werden. Vor einigen Tagen hatten die Verteidiger des Herrn von Lügow an die Staatsanwaltschaft den Antrag gestellt, das Verfahren abzufürzen, um nicht die schon bisher ungeheuer großen Kosten noch weiter anzuwachsen zu lassen. Der Antrag ist abgelehnt worden, so daß demnach sämtliche vorgesehene 75 Anklagepunkte durchberaten werden. Der Prozeß, der demnach noch mehrere Wochen dauern wird, hat bisher schon Riesensummen verschlungen. Allein das Gutachten des abgelehnten Sachverständigen, Geheimrat Moll, hat 5000 Mark gekostet. Insgesamt wird die Staatskassa für die Gutachten und Spesen der Sachverständigen etwa 30.000 Mark auswerfen müssen. Auch die 300 Zeugen kosten eine beträchtliche Summe. Von gutunterrichteter Seite werden die Gesamtkosten des Lügow-Prozesses auf 300.000 Mark (2.5 Millionen K) geschätzt.

Die drahtlose Verständigung mit Amerika ist durch Versuche, die am vergangenen Sonntag zwischen Berlin und Neu York gemacht wurden,

wesentlich gefördert worden. Bei den üblichen Sonntagsempfangsversuchen der Berliner Funkstelle ist es gelungen, den Duplex-Telephon-Verkehr London — Neu York, der auf Welle 4000 Meter (stattfindet), mit erstaunlicher Klarheit zu empfangen. Neu York war so laut, als wenn man in Berlin ein Stadtgespräch führen würde. Da die Lautstärke nur mit abgeschalteter Erde, also ganz ohne Antenne, erreicht wurde, ist anzunehmen, daß jeder Amateur, der über einen Dreiröhren-Empfänger verfügt, und einen Wellenbereich bis 6000 Meter bestreicht, diese Versuche mit abhören kann.

Auffindung alter Bücher. Im Stockholmer Kommissorium wurden bei einer Neuordnung der Bibliothek neun umfangreiche Bücher aus dem 11. und 15. Jahrhundert entdeckt. Darunter befinden sich die bisher nur in einem einzigen Exemplar, das in der Universitätsbibliothek in Upsala liegt, bekannten „Erläuterungen zu den Psalmen Davids“ von Johannes Bugenhagen, der die Luthersche Reformations in den nordischen Ländern verbreitet hat und eine lateinische Bibel aus dem Jahre 1429.

Woju das Wohnungselend treibt... Die Malerschleute Karl und Berta Reiml in Eger nährigten im Sommer des Vorjahres wiederholt in den Baualleien der Brühlwiese in Eger und wurden dort von der Polizei ausgehoben. Sie schrieben dann von Pilsenerkreuz aus am 27. September 1925 einen Brief an den Stadtrat Eger, in welchem sie unter anderem schrieben: „Dann zünde ich und meine Frau die ganze Halle an, damit auch die Gemeinde etwas zum Zahlen bekommt. Dann können Sie uns anzeigen, dann haben wir auch unsere Ordnung und das Pfaffen und die Unterkunft.“ Am 10. Oktober 1925 wurde Karl Reiml wegen nachlässiger Aufrechterhaltung verhaftet und schrie auf der Wache, daß er die ganze Brühlwiese noch anzünde und seinen Vater umbringen werde. Karl Reiml erklärte, mit dem Anzünden deshalb gedroht zu haben, weil er von der Stadtgemeinde Eger keine Wohnung bekommen habe. Die Schleute Reiml wurden wegen gefährlicher Drohung angeklagt und Karl Reiml bereits am 13. November zu drei Monaten schwerem Kerker und Wahlrechtsverlust verurteilt, während die Verhandlung gegen Berta Reiml erst jetzt durchgeführt wurde. Berta Reiml wurde zu einem Monat Kerker bedingt auf zwei Jahre, verurteilt.

Jugendliche Ausreißer. Der Trieb in die Ferne veranlaßte den 16 Jahre alten Franz Bild in Karlsbad, seinen Eltern 2000 K zu entwenden und mit seinen Freunden, dem 18 Jahre alten Kellner Anton Häuser und dem 16 Jahre alten Johann Stübner, Elektromonteur, die Reise in die Welt anzutreten. Die drei kamen aber nur bis Eger, wo sie festgenommen und ihren Eltern überstellt wurden. 1700 K konnten bei den Ausreißern noch vorgefunden werden.

Beim Ansuchen um das Reisegeld. Der Feizer Oskar Mages in Tepl kam am 28. Dezember v. J. zum Bürgermeisteramte Tepl, um das Reisegeld nach Pilsen anzusprechen, da er eine Vorladung zum Brigadegericht in Pilsen erhalten hatte. Dabei machte Mages dem Bürgermeister Vorwürfe, daß sein Gesuch an den Präsidenten der Republik abgewiesen wurde. Durch den Lärm kam der Polizeimann Chrmann herbei, der Mages zur Ruhe mahnte, und ihn aufforderte, das Amtsgelände zu verlassen. Infolge Nichtfolgeleistung wurde Mages zwangsweise aus dem Gebäude entfernt; Chrmann versuchte dann die Haustür zu schließen. Mages führte jedoch einen so wuchtigen Fußtritt gegen die Haustüre, daß sie wieder aufsprang und Chrmann von dem Fuße des Mages auf die rechte Hand getroffen und am kleinen Finger verletzt wurde. Wegen öffentlicher Gewalttätigkeit wurden Mages vom Kreisgerichte zwei Monate schwerer Kerker, bedingt mit Bewährungsfrist von zwei Jahren diktiert.

Prager Chronik. Der Chauffeur Paul Dörfel aus Trahowitz bei Karlsbad fuhr Dienstag abend nach 8 Uhr über den Graben in Prag. Die Pflegerin Marie Bebr aus Prag-Kleinseite und die Köchin Anna Krepela aus Prag-Neustadt wurden von dem Wagen erfasst und zu Boden gerissen, wobei die Bebr so schwere Verletzungen erlitt, daß sie ihnen im Krankenhause erlag. Die Krepela wurde nur leicht verwundet. Der Chauffeur wurde in Haft genommen. — Dienstag abend wurde der 63jährige Lehrer Emanuel Rvoda aus Weinberge von einem Straßenbahnwagen zu Boden gerissen und erlitt lebensgefährliche Verletzungen am Kopfe. — Ein Zirkover Hausbesitzer ließ sich für die Einwilligung zum Verkaufe eines in seinem Hause befindlichen Geschäftslokales den Betrag von 10.000 K bar auszahlen und erhöhte zugleich den Zins von den bisherigen 1000 auf 4500 Kronen. — In Smichow wurde ein Zimmer mit Küche gegen Barertrag von 15.000 K vermietet, wovon sich 5000 K als Zins für fünf Jahre und 10.000 K als Erlös von Adaptierungen verstehen, die allerdings nicht durchgeführt wurden. In beiden Fällen wurde die Strafanzeige erstattet.

Wetterbericht vom 3. März. Dienstag trat infolge verstärkten Westwindes im größten Teile Böhmens gegen Montag eine Erwärmung ein. Die höchsten Maxima meldeten Aulstj und Budweis mit 8 Grad, Prag mit 7 Grad Celsius. In Ostböhmen, Mähren und der Slowakei waren demgegenüber infolge verstärkter Bewölkung die Tagestemperaturen niedriger als am vorhergehenden Tage. In Ostböhmen und Ungarn stiegen sie überhaupt nicht über den Gefrierpunkt. In der letzten Nacht kamen westlich der March keine Nachfröste mehr vor, die Slowakei hatte noch Nachtemperaturen von 0 bis — 2 Grad. Niederschläge mehrbarer Menge fielen während der letzten 24 Stunden nur in Böhmen, und zwar besonders im Riesengebirge und im Böhmerwald (Cerechob, Schneeflocke 2 Millimeter, Trautenau 6 Millimeter). — Wahrscheinliches Wetter von Donnerstag: Vorwiegend bewölkt, Niederschlagsneigung, noch mild, westliche Luftbewegung

# Die Räuber.

### Zu den 22 Bundesfürsten, die Deutschland um 22 Milliarden Mark schröpfen möchten, gefickt sich neuerdings ein halbes Hundert „Standesherrn!“

Es verlangen von der Republik an Renten folgende

„depositierte Fürsten“	Mark
1. Alexander Landgraf von Hessen	612.000
2. Friedrich Karl Prinz von Hessen	96.000
3. Ernst Eugen Landgraf von Hessen	150.000
6. Friedrich Ferdinand Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195.000
4. Alexis Landgraf von Hessen	150.000
5. Albert Herzog zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg	181.000
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75.000
<b>1.459.000</b>	

Diese Renten wurden bis 1913 prompt bezahlt. Dann setzte der Rechtsstreit um die „Aufwertung“ ein, der heute noch nicht abgeschlossen ist.

#### Der Rechtsgrund der Renten?

Der heftigste „Thronsturz“ sollte im Jahre 1866 von Preußen abgelöst werden. Seine Diktatorien sind bekanntlich aus dem „Kanonensutter“ der heftigsten Landesländer gewonnen worden. Die Schleswig-Holsteiner haben ihre „Rente“ lediglich einer dynastischen Geste der Kaiserliche Hofmarschall Jedditz-Trügler in seinem Tagebuch geschrieben: „Man hatte ihnen gar nichts zu entschädigen; der Augustenburger hatte keine Ansprüche aufgegeben; denn er konnte gar keine machen.“ Der Hohenzoller-Sigmaringer hatte auf seine Hoheitsrechte freiwillig verzichtet, ohne daß der „hohenzollerische Landtag“ seine Zustimmung dazu gab!

Der Rechtsgrund dieser Tributleistung an die „depositierten Fürsten“ war also schon zu Wilhelm's Zeiten umstritten. Die Republik aber soll den dynastischen Kuckhandel um Untertanenrenten rechtskräftig machen und legalisieren.

Es verlangen von der deutschen Republik an Renten ferner die

„eigentlichen Standesherrn“:	Mark
1. Otto Fürst zu Salmhorstmar	60.000
2. Nikolaus Leopold Fürst zu Salm-Salm	58.000
3. Herzog von Croÿ zu Düllmen	18.000
4. Fürst zu Salm-Wittgenstein-Hohenstein	22.500
5. Fürst zu Salm-Wittgenstein-Berleburg	46.000
6. Fürst zu Solms-Hohensolms	7.000
7. Engelbert Maria Herzog von Arensborg	40.500
8. Fürst zu Wied	46.500
9. Gustav Graf zu Alt-Deiningen-Besterburg	20.300
10. Fürst zu Bendheim-Steinfurth	1.500
11. Die Töchter der Gräfin Reichenbach-Bessonik	36.800
<b>370.000</b>	

#### Der Rechtsgrund dieser Renten?

Die hohen Herren hatten sich und Stimme im alten Reich bis zum „Reichsdeputationshauptschluss“ von 1803 und leisteten ihre Rechte aus dem Artikel 14 der Wiener Bundesakte, von 1815 her!

Es verlangen schließlich von der deutschen Republik Renten die

„kleinen Herren“:	Mark
Sans Joachim von der Schulenburg für das Rittergut Beegendorf	600 Mark im Jahr.
Friedrich Graf von Galen	1000 Mark im Jahr.
Fürst Hensel-Donnersmarkt für Aufhebung der Privatjolle seiner polnisch gewordenen Standesherrschaft	1000 Mark im Jahr.
Graf zu Lynar	

## Der Zeitungsverkäufer.

Da stand er nun also mit dem Bad Zeitungen unterm Arm und hatte den Hut tief ins Gesicht gedrückt, damit ihn Bekannte und frühere Berufskollegen nicht erkennen. Und sein Körper zitterte vor innerer Aufregung, obwohl er sich bestern oft und oft im Geiste vorgestellt hatte, wie es sein wird, wenn er als Zeitungsverkäufer an der Straßentransportation stehend, die Zeitungen den Vorübergehenden anbieten wird mit lauten Rufsen. Und nun fühlte er, daß er sich das viel leichter vorgestellt hatte, als es in Wirklichkeit ist. Und so oft er sich anschickte, den Namen der Zeitung auszurufen, tat er es dennoch nicht, schloß die geöffneten Lippen, presste sie fest aneinander und gab sich selbst eine kurze Frist: bis dort der Herr vorüber sein wird, der dem Buchhalter Marech so ähnlich sieht, als ob er es selber wäre. Und immer wieder zögerte er, ließ diesen oder jenen Menschen herankommen und vorübergehen und zögerte immer noch... Zögerte? Nein, er konnte es einfach nicht über sich bringen. Es würgte ihn in der Kehle so wie an jenem Tage, an dem er sich entschlossen hatte, von Tür zu Tür betteln zu gehen, als kein Stüchlein Brot und kein Groschen im Hause war und die Kinder vor Hunger geweint haben. Etwas Brot würde er schon von den Beuten bekommen, hatte er sich damals gesagt. Als er aber in dem fremden Hause stand

in Lübbenau 800 Mark für Aufhebung seiner Rechte und Angaben. — Graf zu Rantau für die Gutsheerrschaft Greifenburg 900 Mark. — Großherzog von Sachsen-Weimar 24.000 Mark. — Freiherr von Hammerstein für aufgehobenes Markstandgeld 1000 Mark. — die Wiedische Rentkammer in Neuwied für Markzwangsschuldengrößen 5000 Mark. — Fürst von Stolberg-Stolberg für seine Rheinrothrente für Knappe 20 Mark. — Graf zu Altleiningen-Westerburg für sein „Reineck“ 12.000 Mark. — Graf von Watuschka-Greifenklau für aufgehobene Blutzehnten und aufgehobene Leibeigenschaft 100 Mark im Jahr. — Freiin von Breitenbach für aufgehobene Jagdfrohnen für „Tanzergeld“, „Judenabgabe“ und „Kellergins“ 850 Mark. Macht zusammen:

„Depositierte Fürsten“	1.459.000 M.
„Standesherrn“	370.000 M.
„Kleine Herren“	200.000 M.
<b>Alles in allem</b>	<b>2.029.000 M.</b>

im Jahr. Also: Dem erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten 900 Mark, dem Arbeitsinvaliden 700 Mark, dem aus Alterszeit gesetzten Kleinrentner 1200 Mark „Unterstützungsgeld“ und dem Kriegsinvaliden von 70-71 ganze 300 Mark im Jahre.

Den mecklenburgischen Fürstenmaitreffen aber 15.000 Mark dem kommandierenden General 20.000 Mark und den arbeitslosen Landesvätern von Hesse, Schleswig-Holstein und Hohenzollern-Sigmaringen je 1 Million im Jahr.

## Volkswirtschaft.

### Konjunkturrückgang in der Textilindustrie.

Der „Textilarbeiter“ bringt einen ausführlichen Bericht über die Lage der Textilindustrie im Jänner 1926, woraus wir einiges hier wiedergeben:

Die Hoffnung, daß die — besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 — bemerkbar gewordene Besserung der Produktionslage in der Textilindustrie im Jahre 1926 weitere Fortschritte machen werde, erfüllt sich nicht. Im Gegenteil: in vielen Branchen der Textilindustrie zeigt sich eine bedenkliche Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeit.

In den hauptsächlichsten Branchen, mit Ausnahme der Baumwollindustrie, die aber ebenfalls bereits Symptome der rückläufigen Entwicklung aufweist, wurde aus den Gangebieten überall ein Abflauen der Beschäftigung im Monat Jänner gemeldet. Dies ist zunächst bei der

**Textilindustrie**  
der Fall, in der mit Ausnahme ganz vereinzelter Fälle eine ziemliche Verminderung des Beschäftigungsgrades gemeldet wurde. Zwar wurde noch fast überall 48 Stunden pro Woche gearbeitet, doch läßt die Ueberhandnahme der Krankheit befürchten, daß schon in den nächsten Wochen Kurzarbeit in größerem Umfang eintreten kann. In der

**Baumwollindustrie**  
waren nur die Spinnereien noch sehr gut beschäftigt und wurden auch mehrfach Ueberstunden und Schichtarbeit beibehalten. Ungünstiger lagen die Dinge, soweit die Baumwollwebereien in Betracht kommen. Fast überall wurde von Störungen in den Webereibetrieben berichtet und arbeiteten viele Betriebe bereits zum Teil verkürzt, zum Teil mit reduzierter Belegschaft.

**Wollwarenindustrie.**  
In dieser Branche war die Erzeugung von Herren- und Damen-Modestoffen im Monat

und seine Hand nach dem Klingelknopf streckte, fühlte er das Blut in die Wangen steigen und die Hand sank wieder hinab. Nein, betteln konnte er nicht! Kein einziges Wort hätte er hervorgebracht, so schnürte ihm irgendetwas die Kehle zu. Und so hatte er sich zitternd vor Scham aus dem Hause wieder hinausgeschlichen. Und nun spürte er dasselbe Würgen in der Kehle. Am liebsten würde er den Bad Zeitungen wegwerfen und sich davonschleichen. Aber das konnte er nicht. Sie waren ja nicht sein. Und dann: es war ja die letzte Hoffnung auf einige Groschen Verdienst, nachdem nun schon so viele Hoffnungen gescheitert waren. Es mußte sein! Schon den Kindern daheim zuliebe... Und er sieht die schmalen Gesichtchen seiner beiden Kinder, Ellis Buschekopf mit den blauen Augen und das trohige Bubengesicht, aus dem Vaters Augen blickten. Und die Augen schließend, ruft er den Namen der Zeitung aus. Jaghaft und gepreht klingt es in den Lärm der Straße hinein. Aber die Scham und die Schen ist überwunden. Immer wieder ruft er seine Zeitungen aus, fühlt freudig bewegt die ersten harten Geldstücke in seiner Tasche und rechnet nach jedem verkauften Exemplar aus, was er für die bisher verdienten Groschen kaufen könnte. Ordentlich warm wird ihm bei dem Gedanken, daß es ihm doch vielleicht glücken wird, auf diese Weise wenigstens das Notwendigste für seine Familie verdienen zu können. Immer wieder schreit er den Namen der Zeitung aus, rennt den Straßenbahnzügen

## Devisenkurse.

Prager Kurse am 3. März.

	Gold	Barre
100 holländische Gulden	1353,30.-	1350,50.-
100 Reichsmark	893.-	890.-
100 belgische Francs	153,32.-	151,70.-
100 Schweizer Francs	649,87,50	652,87,50
1 Pfund Sterling	163,80.-	163.-
100 Lire	185,85.-	187,25.-
1 Dollar	33,70.-	34.-
100 französische Francs	126,55.-	127,95.-
100 Dinar	59,75,00	60,25,00
10.000 ungarische Kronen	4,71,75	4,81,75
100 polnische Zloty	434,50.-	440,50.-
100 Schilling	477,25.-	480,25.-

Jänner im Mäher Gebiet und auch im Neustädter Gebiet noch ziemlich gut. In den Wollspinnereien jedoch war die Beschäftigung im allgemeinen sehr schwach und wurde teilweise Kurzarbeit eingeführt, teilweise wurden auch bereits Entlassungen durchgeführt. Ziemlich gut war die Beschäftigung im Jänner noch in der

### Strick- und Wollwarenindustrie.

Wenn auch in dem einen oder dem anderen Betriebe der verschiedenen in Betracht kommenden Gebiete die Beschäftigung etwas schwächer war, so kommt dies für die Gesamtsituation in dieser Branche nicht in Betracht.

### Flachs-, Leinen- und Juteindustrie.

Die Flachsspinnereien sind schon seit längerer Zeit in allen in Betracht kommenden Gebieten anhaltend mangelhaft beschäftigt.

Die Entwicklung der Situation in der Flachspinndindustrie sieht im engsten Zusammenhang mit der Gestaltung der Verhältnisse in den Leinenwebereien, die schon seit Kriegsende einen schweren Kampf um bessere Absatzmöglichkeiten führen. Der Inlandmarkt ist nicht ausreihend genug, um die in der Tschechoslowakei bestehenden Leinenwebereien voll beschäftigen zu können und das Exportgeschäft ist nur zum Teil möglich. Diese Industrie hatte in der Vorkriegszeit ganz andere Absatzmöglichkeiten, als dies in der Nachkriegszeit der Fall ist. Sowohl im Inlande (dem damaligen Oesterreich-Ungarn), als auch im Auslande war nach Leinenwaren bedeutende Nachfrage.

Auch in der Juteindustrie war der Beschäftigungsgrad im Jänner äußerst unbefriedigend und es kam in einzelnen Gebieten zu weiteren Betriebsreduktionen. Die Kurzarbeit nimmt überhand und es wurden auch bereits vielfach Entlassungen vorgenommen. Die gegenwärtige Situation in der Flachs-, Leinen- und Juteindustrie zeigt ein wenig erfreuliches Bild, das auch für die nächsten Wochen keine Besserung im günstigen Sinne erwarten läßt.

Aus dem vorstehenden Allgemeinbericht ist zu entnehmen, daß in der Textilindustrie eine Wendung zum Schlechtern unverkennbar ist.

Die Arbeiterchaft der Tschechoslowakischen Textilindustrie hat alle Ursache, die Entwicklung der Dinge mit gespanntester Aufmerksamkeit zu verfolgen, da ihr aus derselben eine schwere Gefährdung ihrer Existenzmöglichkeit droht. Diese Gefahr ist es aber nicht allein, vor der die Arbeiter stehen. Die Unternehmer lauern bekanntlich auf jeden, ihnen günstigen Moment, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß die Textilfabrikanten an der gegenwärtig wieder auftretenden Verschärfung des Krisenzustandes nicht ganz unschuldig sind. Vielleicht versuchen sie es auf diese Art, sich von dem „unerträglichen Druck der verschiedenen Lasten“ (Steuerdruck, Sozialpolitik, „hohe“ Löhne und dergleichen) etwas Luft zu machen. Die Arbeiterchaft muß daher die Augen offen halten, wenn sie nicht dabei als das alleinige Leidtragende Element sein will. Den Arbeitern winkt infolge der in Aussicht gestellten Verteuerung der Lebenshaltung ohnedies die Zukunft trübe genug und sie wird durch engsten Zusammenschluß die erforderliche Kraft sammeln müssen, um auf alle auf sie einströmenden Angriffe in entschiedenster und erfolgreichster Abwehr antworten zu können.

## Berbandstag der Metallarbeiter.

Der Vorstand des Internationalen Metallarbeiterverbandes hat für den 22. bis 25. Mai 1926 den dritten ordentlichen Verbandstag nach Teplitz mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Geschäftliches: a) Eröffnung; b) Geschäftsordnung; c) Wahl der Mandats-, Wahl- und Antragsprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Vorstandes; b) der Kontrolle; c) des Schiedsgerichtes.
3. Wirtschaftslage: a) Die Umwälzungen in der Eisen- und Metallindustrie; b) Die wirtschaftliche Situation in der Tschechoslowakischen Republik und unsere Lohnpolitik.
4. Sozialpolitik: a) Die Sozialversicherung; b) Das Co-Oper System.
5. Die Betriebsausschüsse im Spiegel der Rechtsprechung.
6. Statutenänderung und Anträge.
7. Neuwahlen.
8. Sonstiges.

## Kinderfreundebewegung.

### Die Sitzung des Reichsausschusses der „Kinderfreunde“.

die am 18. Jänner in Prag stattfand, bewies neuerlich, daß es auch in der Tschechoslowakei mit der „Kinderfreunde“-Bewegung rüstig vorwärts geht. Die Sitzung beschäftigte sich hauptsächlich mit drei Gegenständen: Mit der Vorbereitung der für den Sommer geplanten Funktionärskurse, mit der Um- und Ausgestaltung der Kinderbeilage der „Sozialdemokratie“ und mit der Frage der Mitarbeit unserer Jugendlichen in der „Kinderfreunde“-Bewegung. Die in Aussicht genommenen Funktionärskurse sollen womöglich in allen Gauen an drei aufeinanderfolgenden oder zweimal 1½ Tagen (Sonntag nachmittags und Sonntag) stattfinden und folgende Themen umfassen: Sozialistische Erziehung — Bücherwesen — Ausflugswesen — Spiel- und Vorfestunden — Programme für Kinderfeste — Organisationsfragen. Als Lehrer werden führende Funktionäre unserer „Kinderfreunde“-Bewegung wirken; die Auswahl der Schüler wird den Gau- und Gruppenleitungen überlassen. Die Kinderbeilage der „Sozialdemokratie“ wird ab März gemeinschaftlich von der Frauenorganisation und den Kinderfreunden herausgegeben werden; sie wird doppelt so stark und viel reicher illustriert sein als bisher. Wir wünschen, daß die neue Kinderzeitung, mit deren Redaktion die Genossen Hossbauer und Schwejper betraut wurden, unseren Juben und Mädchen recht viel Freude bereiten möge. Die Mitarbeit der Jugendlichen in der „Kinderfreunde“-Bewegung, die in den letzten Jahren einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen hat, soll nunmehr planmäßig ausgebaut und damit eine neue, starke Kraft in den Dienst unserer Sache gestellt werden. Vor allem ist wichtig, daß die Jugendlichen bei der Organisation der „Roten Falken“ tatkräftig mithelfen. Unsere „Kinderfreunde“ haben diese Form der Kinder- bzw. Jugendbewegung, über welche ein „Sozialdemokrat“ vor kurzem Genosse Rosenthal berichtet hat, bereits in einigen ihrer Ortsgruppen — Reutischtein, Reichenberg etc. — ins Leben gerufen und es ist wahrscheinlich, daß auch andere Ortsgruppen dem gegebenen Beispiele folgen werden. Aus dieser Sachlage ergibt sich für die Jugendorganisation und die „Kinderfreunde“ die Aufgabe, gemeinschaftlich zur geistlichen Entwicklung dieser jungen Bewegung beizutragen. Wobei aber ausdrücklich betont werden muß, daß „Rote Falken“ Selbständigkeit brauchen, nicht im üblichen Sinne von den Erwachsenen „geleitet“ werden dürfen. Wo man mit den Zwölf- bis Fünfzehnjährigen noch nicht so weit ist, daß man ihnen die Fähigkeit zur Selbständigkeit zutraut, lieber noch warten. Jedenfalls bitter die Reichsleitung der „Kinderfreunde“ alle Ortsgruppen, die sich für die Falken-Bewegung interessieren, bevor sie etwas in der Sache unternehmen, an den Obmann des Vereines (Genossen Schwejper, Brünn, Augustengasse 8) zu schreiben und sich mit ihm zu beraten.

Demütigungen, die ihm beim Postensuchen zuteil geworden waren. Alles war vergeblich gewesen. Die Wohnung wurde leer und leerer, weil Stück um Stück verkauft werden mußte. Und nun steht er da... Sein Blick irrt zu den hellerleuchteten Fenstern der gegenüberliegenden Häuserreihe. Die Menschen dort oben in den warmen Wohnungen wissen nicht, wie gut sie es haben. Ein Herr und eine Dame kommen des Weges. So ist er vor dem auch mit Steffi gegangen. Damals. Er bietet dem Herrn eine Zeitung an. Achlos geht das Paar an ihm vorüber. Eine Bitterkeit, wie er sie bisher nie gekannt, steigt in ihm auf. Er sieht seine Frau und Kinder daheim in der kalten, kalten Wohnung. Wieder rollt ein Straßenbahnzug heran. Und rollt weiter, ohne daß er ein Blatt verkauft hätte. In dünnen Fäden rieselt der Regen nieder aus dem Dunkel der Nacht, die undurchdringlich über der Stadt liegt. Und in seinem müden Hirn glimmt der Gedanke auf, ob es denn einen Sinn habe, noch länger hier zu stehen. Es ist ja doch zwecklos! Zwecklos, wie der Kampf, den er um das Leben führt. Ob er heute noch eine Zeitung verkauft oder nicht, zum Zatteffen reicht es doch nicht. Und morgen wird es wieder so sein. Und übermorgen wieder. Und so jeden Tag... Hat dieser verzweifelte Kampf noch überhaupt einen Sinn? Langsam schleicht sich der Mann von dannen.

Georg H. S. S.

# Kunst und Wien.

## Prager Konzertsaal.

Das künstlerische Bild unserer Konzertsäle wurde wieder einmal von Pianisten bestimmt. Eugen d'Albert, der berühmte Violin-Schüler, den man in den letzten Jahren mehr als Opernkompagnisten denn als Pianisten zu würdigen Gelegenheiten hat, gab im unverdienterweise voll besetzten Smetanasaale einen Konzertabend, dessen bemerkenswerteste Eigenschaft das unheimliche Sitzungsstempo der Klavierstücke war. So flüchtig, überhastet, rucklos draußig, technisch verwickelt und im Forte und Pedalgebrauch freigeigig haben wir den Künstler noch gar nie spielen gehört. War das die echte, hingebende Liebe zur Kunst, mit der d'Albert sein Programm herunterspielte? Ein Programm, das noch dazu in seinem zweiten Teile nur dem Virtuositentum und Publikumsgeschmacke huldigte? Eine neue, in Prag bisher unbekannte Pianistin lernte man in Margarete Wit kennen. Diese sompathische junge Künstlerin übertrug uns vor allem durch gesunde Urmächtigkeit im Spiele. Vieles sie auch mitunter zu dynamischen Uebertreibungen und Forcierungen der Zeitmache verleiten, so wirkte sie doch immer klaviertekhnisch vollkommen und künstlerisch überzeugend. Ein außerordentliches pianistisches Talent reist in der zehnjährigen Wit Kraus heran, die in einem Konzerte des bekanntesten Sängerkünstlerpaars Nikol-Gavon erstmals vor dem Prager Publikum spielte. Diese kleine Klaviermeisterin wartete nicht nur mit einem stillen, klavierenprogramme (Schubert) auf, sondern zeigte sich ihren schwierigen Aufgaben auch technisch und geistig staunenswert gewachsen. Sie war jedenfalls der eigentliche Kunstgenuss dieses Konzertes, denn weder Herr Makal noch Fräulein Gavon verfügen mehr über jene blühenden Stimmkräfte, die ihr Singen früher zum ungetrübten Genuße machten. Im zweiten Konzerte des deutschen Kammermusikvereines spielte das Prager Trio der Herren Fanger (Klavier), Schwepda (Violine) und Franke (Cello) Klaviertrios von Beethoven, dem Prager deutschen Liederdichter Fiedler Hinkel und von Johannes Brahms. Hinten als Reueit gebracht formidables und klavierspielinteressantes Opus kennt man bereits vom Prager internationalen Musikfeste des Jahres 1924. Das ausführende Prager Trio, die einzige Prager deutsche Kammermusikvereinigung, deren außerordentliche künstlerische Tüchtigkeit man in den letzten Monaten mehrmals kennen zu lernen Gelegenheit hatte, erwies sich auch in diesem Konzerte als ein in der Passioniertheit und rhythmisch-dynamischen Vollkommenheit des Zusammenspiels musterhaftes Kammermusik-Ensemble, das berufen erscheint, den Ruf der Prager deutschen Tonkunst auch im Auslande erfolgreich zu verbreiten. In einem leider nur mäßig besuchten Konzertabend des Prager deutschen Volksbildungsinstitutes „Urania“ hörte man einen jungen Cellisten namens Nerio Brunelli, einen kunstdurchglühten Meister seines Instrumentes, der es nicht nur technisch vollkommen beherrscht, sondern vor allem durch die Weichheit und Wärme seines Tones aufhorchen macht. Beethovens schöne Cellosonate Opus 69 spielte er mit inbrünstiger Hingabe an das Werk und in geradezu klassischer Art. Als Gast des tschechischen Staatskonservatoriums hielt Bernardino Molinari im Smetanasaale einen Vortrag über die Kunst des Dirigierens. Neue Dinge zu diesem Thema, besonders aber interessante persönliche Anschauungen des berühmten italienischen Meisterdirigenten kamen hierbei nicht zum Vorschein. Als praktische Beispiele des Vortrages dienten einzelne Sätze aus klassischen Symphonien (Corelli-Haydn-Beethoven), die das Konservatoriumsorchester unter Molinaris Leitung in begeisterter Weise zum Vortrage brachte.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag um 6 Uhr abends Gastspiel

Richard Schuberl: „Tristan und Isolde“, Freitag halb 8 Uhr abends „Julius Cäsar“, Samstag „Die heilige Ente“, Sonntag halb 8 Uhr nachm. Arbeiter-Vorstellung Gastspiel Kramer „Der Teufel“, abends „Die verkaufte Braut“.

## Aus der Partei.

Sammelmandat für den Monat Febr. Tropenpartei 900 K (Zentralwahlfonds 300 K), Sternberg 1200 K (400 K), Prag 75 K (25 K),

Topitz-Saaz 3300 K (1100 K), Böhm.-Budeweis 150 Kronen (50 K), Trautenau 900 K (300 K), Brünn 1500 K (500 K), Karlsbad 900 K (300 K), Karlsbad 687 K (229 K), Karlsbad 750 K (250 K), Wartenberg 2400 K (800 K), Wobensbach 2430 K (810 K), Troppau 1200 K (400 K), Pilsen 300 Kronen (100 K), Kuffig 1500 K (500 K), Karlsbad 900 K (300 K), Brünn 2880 K (960 K), Trautenau 750 K (250 K), Karlsbad 750 K (250 K), Karlsbad 900 K (300 K), Rics 350 K. — Für den Seliger-Fonds eingelangt: 100 K von Dr. Karl Heller, Teplitz, anlässlich des Todes der Mutter des Genossen Laub.

## Turnen und Sport.

### Die Sportfeindliche Kirche.

Die katholische Kirche rüftet allem Anschein nach zu einem großen, systematischen Vorstoß gegen den modernen Sportbetrieb. Nicht etwa gegen Auswüchse, die mit Sport nichts mehr zu tun haben, wie sie im bürgerlichen Lager nur allzu oft in Erscheinung treten. Der Kampf wird vielmehr geführt unter dem alibewährten Schlagwort von der gefährdeten Sittlichkeit. In Österreich haben sich jetzt die Fürstbischöfe von Wien, Salzburg, Graz und Klagenfurt, die Bischöfe von St. Pölten und Linz und der apostolische Administrator in Feldkirch, d. h. die ganze hohe Geistlichkeit, als streitbare Berren zusammengetan und unter dem Leitfaden: „Körperkultur darf nie zum Körperkultus werden“ einen großen Vorstoß gegen den Sport unternommen. Mit einem Hirtenbrief, der so derb aufträgt, daß man glauben könnte, die Sportler und Sportlerinnen von heute seien die verworstenen Geschöpfe, die die Geschichte je gekannt hat, leiten sie die Fastenzeit ein. „Es schlummert im Menschen“, wird da den Schölein der Kirche versichert, „eine Neigung zur bösen Lust, die die durch Sittengesetz und Gewissen gezogenen Schranken als lästig fesseln zu durchbrechen strebt“. Im heutigen Sportbetrieb leben die hohen Priester eine „Periode einseitiger Körperkultur“, die „in der Geschichte sämtlich das Brandmal tiefer sittlicher Entartung tragen“. Solche seelische Gefährdung sei bei der gegenwärtig um sich greifenden heidnischen Ueberschätzung des Körpers im weitesten Maße gegeben. „Schamhaftigkeit und Sittsamkeit sind“, so wird weiter ausgeführt, „von Gott als Schutzmauern um die Keuschheit gelegt. Daher versündigt sich, wer unter dem Deckmantel der Körperkultur diese Schutzmauern untergräbt und einreißt.“

Dann werden von der Kanzel herob Vorschriften für die sportliche Betätigung aufgestellt, wie sie die Geistlichkeit betrieben wissen will: „Das Turnen muß nach Geschlechtern getrennt geschehen und der Turnunterricht muß von Lehrkräften des gleichen Geschlechts erteilt werden. Die Turnkleidung darf das Schamgefühl nicht verletzen. Badeanzug bei dem Turnunterricht ist für Knaben und Mädchen nicht zu dulden. Nachübungen jeglicher Art sind zu vermeiden. Für die Mädchen ist jede Turnkleidung abzulehnen, die die Körperformen aufdringlich betont oder sonst für weibliche Eigenart unangemessen ist. Mädchenturnen soll nur in Hallen oder auf Plätzen veranstaltet werden, wo die Dessenlichkeit ausgeschlossen ist. Sofern das nicht möglich ist, muß man sich auf turnerische Uebungen beschränken, die im gewöhnlichen Kleid ausführbar sind. Schauerturnen und Wettkämpfe der Frauen und Mädchen sind abzulehnen; sie erwecken zumeist ganz unweibliche Art.“

Für Baden und Schwimmen werden noch besondere Gesichtspunkte aufgestellt: „Schwimmunterricht von Mädchen und Frauen sind abzulehnen. Bei Strandbädern ist vollständige Trennung der Ge-

schlechter zu fordern und auf getrennte Aus- und Ankleideräume sowie auf eine anständige Badekleidung und auf beständige Aufsicht zu drängen. Dasselbe ist zu verlangen bei den Freilichtbädern, sowohl für Erwachsene wie für Kinder.“

Man sieht: die Keuschheitskämpfer sind wieder eifrig am Werk, um dem gesunden Sportbetrieb, wie er sich endlich zu entwickeln begonnen hat, zu Leide zu gehen. Denn was diese Bischöfe wollen, ist die Rückkehr zum finsternen Muckertum auf dem Gebiete des Sports. Dabei wissen diese Herrschaften anscheinend nicht, daß ihre Methoden das Gegenteil dessen erreichen, was sie angeblich erstreben wollen. Durch die von der Kirche geforderte Art des Turn- und Schwimmbetriebes wird die Keuschheit nicht geschützt, sondern lediglich eine ungesunde Sinnlichkeit gefördert.

A. S. R. Kroschitz schlägt Kreidmeister Sobrujan 12:1 (5:1), Eden 15:0. Mit diesem Spiele wurde in Kroschitz die Frühjahrs-Saison eröffnet und konnte Kroschitz gegen den in Kroschitz erstmalig spielenden Kreidmeister einen haushohen Sieg erringen. Die Stürmerreihe der Kroschitzer ist derzeit in glänzender Form und äußerst schußfester. Sobrujan wurde gänzlich eingeschürt und konnte gegen die körperlich schwachen, aber sehr flinken und technisch besseren Kroschitzer gar nichts bestellen. Das goalhungrige Publikum kam ganz und gar auf seine Kosten. In die Tore reichten sich: Diege mit 5, Fiedler I mit 3, Fiedler II mit 2 und Heinsberg und Scherze mit je 1 Tore. Die Sobrujaner erzielten ihr Tor aus einem Elfmeter. Spielweise scharf, überstieg jedoch nie die Grenzen des Erlaubten. Schiedsrichter und Refsch gut. Sehr gut bei Kroschitz die gesamte Mannschaft, bei Sobrujan lediglich der Mittelläufer. — Sonntag, den 7 März findet in Kroschitz der Herausforderungskampf gegen EA. Reisch um halb 8 Uhr nachmittags

statt. Vorher spielt die Reserve gegen A. S. R. Rottwundorf Sachsen la; Anstoß 1 Uhr.

Aus dem Reichskalen, Sportfeindlichen Bayern. Das bayerische Wassergesetz, erlassen im Jahre 1907, hat die öffentlichen Flüsse, die Privatflüsse und die Bäche zum Gemeingebrauch freigegeben. In diesen Gemeingebrauch war aber das Befahren der Gewässer mit Ruder-, Segel- und Holzbooten usw. nicht aufgenommen; dazu war die Erlaubnis des Eigentümers der Gewässer einzuholen. Da bei der zunehmenden Bedeutung des Wassersports für die Volksgesundheit die bisherige Auslegung des Begriffs Gemeingebrauch nicht mehr aufrechterhalten werden kann, hat die bayerische Regierung dem Landtag jetzt einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wassergesetzes vorgelegt. Nach diesem Entwurf soll das Befahren aller Flüsse mit Ruder-, Galt-, Segelbooten usw. grundsätzlich gestattet sein, nicht dagegen das Fahren mit Motorbooten und sonstigen Fahrzeugen mit eigener Triebkraft. Da sich aber nicht alle Flüsse zum Bootfahren eignen und um die öffentliche Ordnung und Sittlichkeit (1) sowie die Interessen der Uferbesitzer, der Fischereiberechtigten und der sonstigen Nutzungsberechtigten zu schützen, wird die Ausübung des Gemeingebrauchs durch polizeiliche Vorschriften geregelt, bzw. beschränkt werden. So kann das Befahren von Gewässern vollständig verboten sowie die rechtswidrige Benutzung fremder Grundstücke und das nächtliche Fahren untersagt, ferner das gewerbmäßige Kahnverleihen besonders gerechelt werden.

Die Arbeiter-Turn- und Sportschule in Teplitz wird nach Fertigstellung der Turn- und Sporthallen sowie des Schwimmbades folgende Kurse in ihrem neuerbauten Heim stattfinden lassen: am 31. Mai bis 12. Juni einen Lehrgang für Leichtathletik, am 14. Juni bis 26. Juni für Schwimmen, am 1. bis 7. August für Fußball, am 19. September bis 2. Oktober für Ruderturnen, am 17. September bis 2. Oktober für Männerturnen, am 17. September bis 30. Oktober für Frauenturnen, am 7. bis 11. November für Jugendleiter.

In Altona wurden neue deutsche Damen-Schwimmerrekorde aufgestellt. Fräulein Büns drückte den Rekord im 400-Meter-Brustschwimmen auf 7:18,2 gegenüber 7:23 bisher (Fräulein Murray). Im 200-Meter-Rudenschwimmen stellte Fräulein Simon mit 3:30,6 ebenfalls einen neuen deutschen Rekord auf.

Die Billardmeisterschaft für Europa, die im Haag angetragen wurde, gewann der Belgier Moons in sämtlichen sieben Partien. Seine Höchstserie waren 239 Bälle. In der entscheidenden Partie mit dem Franzosen Faroux erzielte er u. a. eine Serie von 148 und im Schlußspiel eine von 122 Punkten.

## Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angefundigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Leser Bücher Wissen und Macht



Ich leuchte mit Philips Argenta

## Haus, Hof und Garten.

### Eine Reihe praktischer Winke.

Der Futterwechsel der Kaninchen — ob es nun der Uebergang vom Sommer zum Winter oder vom Winter zum Sommer ist, bleibt sich gleich — muß ganz allmählich, etwa in einem Zeitraum von drei bis vier Wochen erfolgen. Am besten ist es, anfangs drei Teile vom alten und nur einen Teil vom neuen Futter zu geben, dann auf die Hälfte, später auf drei Viertel zu gehen und zuletzt nur das neue zu reichen. Bei plötzlichem Wechsel treten sehr leicht Magen- und Darmkrankheiten mit ihren schweren Folgen auf.

Welche Hennen legen? Gute Legger tragen die Kennzeichen ziemlich unregelmäßig am Kopf zur Schau. Sie haben nämlich Augen und Gesicht von lebhafter und die Kämme von dunkelroter Farbe und sind in der Regel von wohlgeformtem und gedrungenerm Körperbau. Diese Kennzeichen fallen jedem in die Augen, der die Hühner sorgfältig und verständnisvoll beobachtet.

Nach Erhalt von Hühnern, die eine längere Reise hinter sich haben, füttere man vorsichtig mit etwas aufgeweichtem Brot und gebe nur wenig Wasser. Erst nach einigen Stunden gebe man Körner und reichlich Wasser, wovon sie so viel freffen und laufen können, als sie wollen; dann isoliere man sie einige Wochen, damit keine Seuchen eingeschleppt werden können.

Die Stangen der Hühner sollen nicht aus runden Stangen bestehen, aber ebensowenig aus vierkantigen, kantigen Latten. Am geeignetsten sind Latten, deren obere Seite abgerundet und deren untere Kanten etwas abgeflacht sind, damit sie nicht in die Beine einschneiden. Auch gespaltene Stangen sind verwendbar, die an der Spaltseite ent-

sprechend vorgerichtet sind. Die Stangen sollen möglichst ohne Ritze sein, um dem Ungeziefer kein Versteck zu bieten, ferner auch entsprechend stark, damit sie eine Anzahl Hühner tragen können.

Sägemehl kann sehr gut zur Einstreu in Ställen verwendet werden und gibt dann einen sehr guten Dünger, der für schwerere Böden und feuchte Wiesen geeignet ist. Für trockene und lockere Böden paßt es dagegen nicht, da es ihn vollständig austrocknet, ebenso soll man es nicht jahrelang an gleicher Stelle benützen.

Tragende Ziegen verlangen eine ganz besondere sorgfältige Hautpflege und müssen deshalb gut gepflegt und abgerieben werden. Diese Pflege ist für Mutter und Junge von hohem Wert und macht sich bezahlt.

Die Obstbaumblüte erfriert oft im Frühjahr, weil der betreffende Baum zu zeitig getrieben hat. Man kann diese schädliche, zu frühe Entwicklung zurückhalten, wenn man im Herbst oder Vorwinter unter möglicher Schonung der Wurzeln den Boden rings um die Bäume tief umgräbt. Durch die Bodenlockerung kann der Frost tief in die Erde eindringen. Ist dann die Erde genügend durchgefroren, so bringt man eine starke (etwa 15 Zentimeter) Schicht von verrottetem Stallmist darüber. Durch diesen Dünger wird im Frühjahr die Sonnenwärme vom Boden abgehalten und das zu frühe Austauen verhindert, so daß der Trieb erst so spät beginnt, daß ihm Fröste kaum schädlich sein können.

Wo Spätfröste regelmäßig auftreten, sind Spätklämer anzupflanzen, die es fast nur bei den Äpfeln gibt; alles andere Obst blüht etwa zu gleicher Zeit. Als Spätklämer sind bekannt: Roter Eiserapfel, Große Kaffeler Renette, Krüpers Dickstiel, Volkenapfel, Großer Bohnenapfel, Rheinischer Winter-Rambour, Königlich Kurzstiel, Prinzenapfel. Auch Äpfel, die in der Blüte widerstandsfähig sind, gehören dorthin; z. B.

Lord Großvenor, Adersleber Kalvill, Weißer Klarapfel, Charlanowitsch, Cellini.

Bei den Johannisbeeren fallen oft die Blätter ab und als Folge davon auch die Beeren vorzeitig ab. Die Ursache kann ein Pilz, aber auch Trockenheit sein. Gegen beide gibt es gute Hilfsmittel, gegen den Pilz helfen wiederholte Sprüngen im Laufe des Winters mit 10prozentigem Obstbaumtarbolineum, Schwefelalkoholbrühe oder Kupferalkoholbrühe, gegen die Trockenheit intensive Bewässerung, wenn der Winter nicht die nötige Bodenfeuchtigkeit gegeben hat. Jedenfalls ist es nicht zu schwierig, die Johannisbeeren vor größerem Schaden zu bewahren.

Merrettlich wird durch Stangen (Fecher), das sind dünne, 20-30 Zentimeter lange Wurzelschnittlinge, vermehrt. Diese Setzlinge werden etwas schräg auf etwa 6 Zentimeter Tiefe in den Boden gelegt, wobei der stärkere Teil etwas höher zu liegen kommt. Dieser stellt gewissermaßen den Kopf dar. Nach kurzer Zeit bilden sich an diesem Ende Triebe, die nach oben, und am anderen, tieferen Ende Wurzeln, die nach unten wachsen. Auf diese Weise wird die Stange dick und kann bereits im Herbst geerntet werden.

In rohem Boden kann man auch feinere Gemüsesämlinge, wenn man sie in Rillen sät. Man kann dann für örtliche Verbesserung der Erde sorgen, indem man die Rillen stark vertieft, sie zu zwei Dritteln mit Komposterde füllt, dann fät und nochmals Komposterde aufbringt. Auf diese Weise ist für die jungen Pflanzen von Anfang an für Nahrung gesorgt und sie finden, sobald sie genügend erstarkt sind, auch in dem schlechteren Boden Nahrung. Hauptfische ist nur, daß sie die ersten Wochen gut überleben.

Feiner Samen wird fast zu eng ausgefät, denn es ist tatsächlich schwer, ihn nicht zu dicht zu

streuen. Man mischt ihn deshalb vorteilhaft mit der dreifachen Menge trockenen Sandes oder trockener Erde und sät dann möglichst weit aus; nur so wird man ungefähr die richtigen Abstände treffen.

Die Kohlrarten haben großes Nährstoffbedürfnis, und deshalb wird der Kohl meist sehr einseitig mit Jauche und Stallmist gedüngt, ja überdüngt, wodurch er einen unangenehmen Geschmack erfällt. Man soll daher nie Ralk und Kainit (Kali) vergessen, damit er kernig schmeckt und gesund bleibt.

Der Drahtwurm, die Larve des Saatschnellkäfers, ist imbestens so schädlich wie der Engerling, nur findet man ihn nicht so leicht. Besonders schädlich ist er den Keimlingen und keimenden Saaten. Die gelben, glatten, runden, dünnen Larven, die tatsächlich an diesen Draht erinnern und fast ebenso widerstandsfähig sind, sind leicht erkenntlich. Sie sollen stets getötet werden, wo sie auftreten. Neuerdings vergiftet man sie dort, wo sie häufig vorkommen, mit Kartoffel- und Rübenstäben, die man mit der giftigen Lösung eines Arsenfalzes in die Erde bringt. Die Larven gehen an den Köder und sterben nach dem Fraß.

Flüssiger Dünger ist in der kommenden Jahreszeit im Garten notwendig. Da nur vergorener Dünger benützt werden soll, weil frischer schädliche Wirkungen hervorruft, so ist es an der Zeit, Pflaster bereit zu stellen und den flüssigen Dünger zu präparieren. Man füllt hierzu das Faß etwa zur Hälfte mit Wasser und setzt diesem allerhand Dünger zu: Kuh-, Schaf-, Ziegen- und Pferdemit, auch Abort, Osenruß, Holzasche, Knochenmehl usw. Diese Mischung muß etwa sechs Wochen zugebedt stehen und wird nur von Zeit zu Zeit umgerührt. Sie macht während der Zeit eine Gärung durch und wird vor dem Gebrauch mit reinem Wasser stark verdünnt. Mit Dünggüssen dieser Art wird man gute Erfolge haben.